

# Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in  
Leipzig, Zeiger Straße 30, IV.,  
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgehaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postcheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abchluss: Montag vormittag 10 Uhr

Nr. 18

Sonnabend, den 30. April 1927

31. Jahrgang

## Die Maifeier 1927 im Spiegel der Zeit.

Der 1. Mai, der Weltfeiertag der Arbeit, steht vor der Tür. An diesem Tage demonstriert das Volk der Arbeit seit 37 Jahren für den Völkerfrieden, für die Verkürzung der Arbeitszeit, für Schutz der Schwachen und für den Sozialismus. An diesem Tage hält die Arbeiterbewegung aller Länder Umzüge, wie weit diese hohen Ideale der rauhen Wirklichkeit noch entfernt sind. So auch in diesem Jahre.

Wer wollte bestreiten, daß es gerade im Jahre 1927 um den Völkerfrieden, um den Sozialismus und anderem nicht besonders gut bestellt ist. Gehen wir bei dem ersten an. So war noch niemals die weltpolitische Situation so kritisch als heute. Im fernen Asien brodelte ein gewaltiges Reich, reißt 400 Millionen Menschen an ihren Ketten. Aus den chinesischen Wirren geht ein klar hervor, daß dieses Volk sich aufrafft, um die drückende Armut von sich zu schütteln. Der chinesische Kuli lehnt sich auf gegen die fremden Unterdrücker, er erhebt sich gegen die Mächtigen seines Stammes. Auch der chinesische Proletarier sehnt sich nach Lebensluft und Lebenslicht. Er will frei sein, zumindest wie die Arbeiter weißer Rasse. Er will den sozialen Kampf auf gegebenen Boden mit starken Organisationen im Rücken gegen die Widerlächer seiner Freiheit aufnehmen. Das ist die Grundursache der chinesischen Wirren.

Im Hintergrunde lauern die imperialistischen Mächte. Englische, japanische, amerikanische, französische, italienische und andere Kriegsschiffe kreuzen in den Gewässern Chinas, jeden Augenblick bereit, in die sozialen Kämpfe dieses ungeheuren Reiches einzugreifen. Angeblich sollen die Interessen dieser Staaten in Gefahr sein. In Wirklichkeit geht es nur darum, China nach wie vor in Abhängigkeit zu halten, dieses große Land lediglich als Ausbeutungsobjekt zu erhalten. China verlangt, und dieses Verlangen ist durchaus berechtigt, nach der Freiheit, seine eigenen Geschicke selbst zu ordnen. China ist der große Kampfbojen, wo sich ein Volk aus einer uralten Abhängigkeit zu erlösen trachtet. Auf der anderen Seite sind die chinesischen Wirren der große Komplex, wo der Gegensatz zwischen Rußland und England aufeinanderprallt. Es steht noch nicht fest, was diese Wirren noch alles im Gefolge haben werden. Aber eins ist sicher. Daß das arbeitende Volk aller Länder gerade am 1. Mai den Befreiungskampf Chinas aus eigenem und fremdem Interesse mit aller Lebendigkeit begrüßt.

An den sonst friedlichen Gestaden des Mittelmeeres werden gegenwärtig Intrigen gelponnen, die über Nacht zum Kriege führen können. In Italien hat ein Mensch das politische Heft in der Hand, der aus krankhafter Großmannsjucht auf den Spuren des ersten Napoleons wandeln möchte. Er hält Ausschau nach Eroberungszielen. Er will das gesamte Mittelmeer beherrschen. Der im Vordergrund stehende Konfliktstoff ist Albanien. Ein Bergland, das nicht die Knochen eines einzigen Grenadiers wert ist. Italien und Jugoslawien streiten sich um dieses Land. Jeder macht dem anderen Vorwürfe, daß er kriegerische Rüstungen treffe, und währenddessen die Abrüstungskommission des Völkerbundes tagte, wurden nicht weit von Genf die Kriegsschmalmeien geblasen. Man ist einigermassen erstaunt, wozu eigentlich der Völkerbund da ist, wenn er solche Streitigkeiten unter Mitgliedern nicht beizulegen in der Lage ist. Rom ist heute der Brandherd. Von Rom aus werden andauernd Blitze geschleudert, die das mühselig aufgebaute Friedensgebäude jederzeit in Brand setzen können. Die Arbeiterklasse aller Länder muß sich am 1. Mai geloben, der Mißgeburt der Nachkriegszeit, genannt Faschismus, mit allen Mitteln zu Leibe zu gehen. Der Faschismus ist der größte Feind der Freiheit der Völker und der Friedensstörer der Welt.

Und währenddem dies alles geschieht, saßen in Genf die Vertreter der Mächte monatelang beieinander, um über die Abrüstung zu beraten. Man sah hohe Militärs, denen man absonderlicherweise zumute, Vorschläge zu machen, wie ihr Beruf reduziert und überflüssig werden soll. Ein absonderliches Ereignis, das jeder Kenner mit einem Lächeln beobachtete. Die ganze Abrüstungskommission verlaufen, wie das Schließen bei Hornberg. Jedes Land hat feierlich erklärt, daß bei ihm gar keine Rede davon sein könne, die Rüstungen einzuschränken. Diese Abrüstungskommission des Völkerbundes wird solange anhalten, bis die Arbeiterklasse aller Länder von der politischen Macht Besitz ergreift und eine eigene Friedenspolitik einleitet. Der 1. Mai ist gerade der richtige Augenblick, um an die Notwendigkeit der politischen Machtübergreifung zu erinnern. Erst dann kann der Völkerbund aus dem Zwielicht der Interessenkämpfe gelöst und zum wahren Bund der Völker gemacht werden.

Ein stüchtiger Rundblick am 1. Mai über den Erdball zeigt, daß wir von dem hohen Ziele des Völkerfriedens noch weit entfernt sind. Niemals war die Situation so gespannt, wie im Frühjahr 1927. Niemals war es notwendig, laut und deutlich über die Landesgrenzen hinweg dem arbeitenden Volke der Erde zuzurufen: der Völkerfrieden ist in Gefahr! Verbrecherische Elemente sind im Zuge Brandfäden zu werfen und den Frieden der Welt zu gefährden! Deshalb muß die Arbeiterklasse am 1. Mai den heiligen Schwur erheben, mit allen Mitteln für den Frieden der Welt zu arbeiten.

Am 1. Mai jeden Jahres demonstriert die internationale Arbeiterklasse für die Sozialpolitik, für den Schutz der Schwachen, für den Achtstundentag und das Recht auf Arbeit. Wie steht es hiermit? Deutschland gilt nicht gerade als ein rückwärtiges Land in der Sozialpolitik. Dennoch hat der Kampf um das Arbeitsnotgesetz, um die Arbeitslosenversicherungsgesetze usw. gezeigt, daß auch in der Sozialpolitik bei uns nicht alles vom Besten bestellt ist. Die bürgerlichen Parteien haben das Arbeitsnotgesetz zur Durchführung gebracht und damit die gesetzliche Einführung des Achtstundentages hinausgeschoben. Deshalb sind wir auch in diesem Jahre nicht davon befreit, für den Achtstundentag zu demonstrieren. Wir müssen gerade den deutschen Arbeitern zurufen, daß der Achtstundentag nur dann zum gesetzlichen garantierten Höchstarbeitstag wird, wenn alle Kräfte angepannt werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Wie ein düsterer Schatten liegt auch auf der Maifeier 1927 das Gespenst einer riesigen Arbeitslosigkeit. Wohl ist die Wirtschaftslage in Deutschland in den letzten Wochen besser geworden. Aber noch immer warten mehr als eineinhalb Millionen Menschen auf Arbeit. Trotz aller Bemühungen ist es ihnen bisher unmöglich gewesen, im Produktionsprozeß Verwendung zu

finden. Das Recht auf Arbeit muß deshalb am 1. Mai laut und deutlich verkündet werden. Darüber hinaus ist die Pflicht der bürgerlichen Gesellschaft zu betonen, daß die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftskrisen vor dem Untergang bewahrt werden müssen.

Und wie steht es nun mit dem Sozialismus, diesem großen Ziele der arbeitenden Menschheit? Ueberblickt man die Stärke der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung, so scheint der Sozialismus noch fern zu sein. Der Kapitalismus denkt vorläufig weder daran abzudanken, noch ist er schon auf seinem Höhepunkt angelangt. Und weil der Vorgänger der sozialistischen Gesellschaft noch pralle und rote Backen hat, deshalb ist an eine

## Aus Rauch und Staub...

Aus Rauch und Staub und Dämmerungen  
Quillt endlos eine graue Schar,  
Die, vom Geschick aufs Knie gezwungen,  
Mißachtet und vergessen war.  
Sie wächst und schreitet kampfschlüsseln,  
Hält Hand in Hand die Welt umspannt,  
Und immer neue Kampfgenossen  
Erstehen ihr in jedem Land.

Aus Rauch und Staub und Finsternissen  
Hebt sich ins Licht das Ideal:  
Frei sei der Mensch, sein Wort und Wissen!  
Die Arbeit frei von Druck und Qual!  
Acht Stunden Werk, acht Stunden Frieden,  
Acht Stunden Ruhe sei Gebot.  
Dem Alter sei zu Dank beschieden  
Ein Lebensabend ohne Not.

Aus Rauch und Staub und Kriegsgewittern  
Schwingt sich die Losung: Krieg dem Krieg!  
Kein Volk soll vor dem andern zittern,  
Der Friede sei der höchste Sieg!  
Versenkt im tiefsten Meer die Waffen,  
Verwischt der Grenzen Trennungspur,  
Damit die Völker friedlich schaffen  
Im Wettbewerb um die Kultur!

Aus Rauch und Staub und Nebelschwaden  
Bricht an des Maien erster Tag  
Und taucht in leuchtende Rastladen  
Den dunklen Wald, den grünen Hag.  
Millionen von Entertien schreiten  
Durch Maienglanz und Maienwind,  
Bezeugend, daß sie aller Zeiten  
Ein Kopf, ein Herz, ein Wille find!

Viktor Kalinowski.

neue Wirtschaftsordnung noch nicht zu denken. Doch wir haben nicht nur die Schäden der kapitalistischen Gesellschaft zu reparieren. Nein. Ein neues Ideal, eine neue Weltordnung, die nicht auf Profit und Gesellschaft beruht, steht als Ziel vor unseren Augen. Und dem starken Glauben an dieses Ziel huldigen wir am 1. Mai. Wenn wir alle nahen und fernen Ziele und Bestrebungen der internationalen Arbeiterklasse ins Auge fassen, dann dürfen wir nie vergessen, daß diese nicht wie ein Göttergeschenk vom Himmel fallen. Mit nichts. Mehr denn je gilt das Wort, daß nur auf Macht fundierte Bestrebungen eine Existenzberechtigung besitzen. Nur wer mit dem Einsatz von Opfern etwas zu erringen bestrebt ist, hat ein Recht, etwas zu fordern. Ein Dichtervort lautet: „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß.“ Deshalb soll ein jeder, der von dem Gedanken des Weltfeiertages der Arbeit nur einen Augenblick aus seiner Alltagsstimmung herausgerissen wird, die heilige Verpflichtung in sich aufnehmen, für die Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen mit allen Mitteln besorgt zu sein.

## Schutzölle oder internationale Kartelle?

Die nationalen und internationalen Zusammenschlüsse ganzer Industrien haben Fragen von großer Bedeutung aufgerollt. Hätte man vor 20 Jahren prophesiegt, daß die Unternehmer eigene Organisationen internationaler Art in der Festigkeit, wie sie bestehen, aufbauen würden, so hätte man damit keinen Glauben gefunden. Heute werden diese Fragen ganz offen behandelt und auf der nächsten Weltwirtschaftlichen Konferenz wird darüber des längeren und breiten geredet werden. Die Unternehmer helfen sich selbst. Der Krieg hat die Welt aus den Fugen gebracht. Die Regierungen scheinen weniger in der Lage zu sein, die Weltwirtschaft wieder vollständig in Gang zu bringen. Deshalb versucht der Privatkapitalismus durch internationale Absatz- und Preisvereinbarungen den Weltmarkt selbst zu regulieren. Nur weil die staatliche Initiative nicht ausreichte, dringlich gewordene Probleme der Weltwirtschaft durch gegenseitige Vereinbarungen in Form von Handelsverträgen und anderen zu lösen, konnte der private Kapitalismus dazu übergehen, so weittragende internationale Vereinbarungen, wie das Stahlabkommen in die Wege zu leiten.

In der Konzentrationsbewegung ist unstrittig Deutschland führend vorangegangen. Man führt dies auf die Wirtschaftskrise zurück, da diese von sich aus die Tendenz zeigt, unrentable

und zurückgebliebene Industriewerke abzustößen und den Rest zu Neugebildeten wieder zusammenzufassen. Man nennt die Ausmerzungen der unrentablen Industriewerke eine Flurbereinigung der Industrie. So lesen wir in dem letzten Wirtschaftsbericht des Bankhauses Hagen u. Co., Berlin, folgendes: „Wie in der deutschen Landwirtschaft im Laufe des letzten Jahrhunderts erst eine zweckmäßige Flurbereinigung des unrationellen Streubestandes und eine horizontale Arrondierung der Güter zu der intensiven Fruchtwechsellwirtschaft und zu der beispiellosen Produktionssteigerung in pflanzlichen und tierischen Produkten führten, so bildet auch jetzt die im Konzentrationswege vollzogene Flurbereinigung der Industrie die Basis für eine neue und steigende Rentabilität.“

Die Zusammenschlußbewegung schlug verschiedene Wege ein. In der Inflationsbewegung war sie vornehmlich vertikaler Natur, d. h. Rohstoffbetriebe suchten sich solche der Verarbeitung anzugliedern. Andererseits waren fertigerarbeitende Industriewerke bestrebt, sich den Rohstoffbezug zu sichern, indem sie sich Rohstoffwerke anzugliedern versuchten. Andere Wege wurden durch die Bildung von Kartellen und ähnlichen Vereinigungen beschritten. Der Zusammenschluß in der Basaltindustrie, auf den wir im nachfolgenden Artikel der vorliegenden Steinarbeiter-Ausgabe zu sprechen kommen, ist in der Hauptsache auf dem letzteren Wege erfolgt. Die horizontale Gruppierung pflegt in Zeiten der Krise einzusetzen, die vertikale in Zeiten guter Konjunktur.

Es mag logisch erscheinen, wenn auch zur Behebung der im weltwirtschaftlichen Warenaustausch entstandenen Störungen der Weg von internationalen Zusammenschlüssen vornehmlich in horizontaler Richtung beschritten wird. Dies gelingt um so mehr, wenn in jedem Lande die Zusammenschlußbewegung entsprechende Fortschritte gemacht hat. Die letzten Jahre zeichneten sich darin aus, daß auf mannigfachen Gebieten internationale Zusammenschlüsse zustande kamen. Nach einer Aufstellung sind in den letzten Jahren mehr als 50 überstaatliche Zusammenschlüsse neu zustande gekommen. Bei einzelnen Industrien, beispielsweise in der Leinwandindustrie, der Linoleumindustrie, der Kunstseidefabrikation sind diese internationalen Zusammenschlüsse etwas ganz Neues. Man hätte nie geglaubt, daß die Unternehmer dieser Industrien derartige enge Berührungspunkte über die Landesgrenzen hinaus gehabt hätten. Auch die Zementindustrie hat internationale Vereinbarungen getroffen. Dies alles beweist zur Genüge, daß fast in allen Industrie- und Gewerbearten eine überstaatliche Solidarität der Unternehmer möglich ist. Es würde deshalb eine Ueber-raschung bedeuten, wenn eines Tages in der Stein- und Basaltindustrie ebenfalls internationale Vereinbarungen zustande kommen würden. Der Gegensatz, der teilweise zwischen der deutschen und der schwedischen Steinindustrie zum Ausdruck kam, kann, wenn die internationalen Zusammenschlüsse weitere Fortschritte machen, eines Tages ebenfalls dahin führen, daß die Unternehmer ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen und sie nicht allein den politischen Körperschaften überlassen.

Im Sinne der Unternehmer sind die internationalen Industriebündnisse geeignet, die offiziellen Zoll- und Handelsabkommen wirkungsvoll zu ergänzen. Es bedarf an dieser Stelle keiner längeren Ausführungen, daß die Interessen der Unternehmer mit denen des Volkes durchaus nicht immer übereinstimmen, diesen sogar vielfach entgegengekehrt sind. Es ist auch zu verstehen, wenn die Unternehmer die internationalen Industriebündnisse den Schutzölle und Handelsverträgen vorziehen, weil sie die durch Zölle großgezüchteten und oft schlechtlich nicht lebensfähigen Betriebe ausmerzen, sondern nur die an sich lebensfähigen und rentablen Werke in die Konzentration hereinnehmen. Die Unternehmer, namentlich die der Großindustrie streben dahin, in ihrem Bereiche selbst die Auslese vorzunehmen. Die internationalen Kartelle, Syndikate und Trusts ermöglichen es, daß die Industrie des einen Landes auf diese Weise an dem dem anderen Lande durch Zollschutz gewährten Vorteile teilnehmen kann. Zweifellos kann die Rationalisierung im Sinne der Unternehmer über die Landesgrenze hinaus somit schneller durchgeführt werden.

Ueberblickt man das Problem der Organisationsentwicklung der Unternehmer, so muß man feststellen, daß ein Ende vorläufig noch kaum abzusehen ist. Im Gegenteil bringen die nationalen und internationalen Zusammenschlüsse immer neue Momente, neue Probleme und neue Entschlüsse mit sich. Die politischen Gewalten stehen dieser Selbsthilfe der Industrie teilweise machtlos gegenüber. Der politische Apparat ist in jedem Lande viel zu schwerfällig, um mit der gleichen Schnelligkeit solche neu auftauchenden Probleme zu überschauen oder gar zu lösen. Bei der Arbeiterschaft trifft vielfach dasselbe zu. Wohl bemühen sich die Gewerkschaften, der Organisationsentwicklung der Unternehmer beizukommen. National und international ist die Gewerkschaftsbewegung zusammengeschlossen. Dennoch scheint uns, daß die Unternehmensebreiten Massen der Arbeiterschaft an diesen Dingen noch viel zu gering ist. Noch viel schneller müßte die Erkenntnis wachsen, die Front der Gegenseite fortlaufend zu beobachten. Die in den nächsten Wochen stattfindende Weltwirtschaftskonferenz wird manches zur Erklärung der internationalen Industriebündnisse, der Zoll- und Handelsvertragspolitik usw. beitragen. Ueber einen Teil der dort zur Behandlung stehenden Probleme haben wir in vorstehenden Zeilen berichtet. Es ist nur noch zu wünschen, daß auch unsere Kollegen in Stadt und Land erkennen, daß die Welt aus ihrem trägen Fluß längst heraus ist und auf allen Gebieten mit Riesenschritten vorwärts schreitet. Wollen wir da tatenlos beiseite stehen? Dies kann nicht unsere Absicht sein. Deshalb mehr Interesse diesen Dingen gegenüber!

## Die innere Struktur des Kartells in der Basaltindustrie.

Es ist zweifellos ein Zeichen der Zeit, daß auch in der Basaltindustrie ein Kartell mit weittragenden Befugnissen entstand. Kürzlich wurde, wie wir bereits im „Steinmetz“ Nr. 13 vom 26. 3. 1927 in einer Rundschau mitgeteilt, eine Basalt-Union (Union = Verbindung) mit dem Sitze in Bonn errichtet. An dieser sind die Hauptunternehmungen dieser Industrie mit festen Quoten (Lieferungs-Anteil) beteiligt. Wie die Tagespresse berichtet, soll dieser Zusammenschluß in engster Fühlungnahme mit den Abnehmerorganisationen und unter deren voller Billigung zustande gekommen sein.

Die Basaltindustrie hat etwas von der Schwerindustrie gelernt und deren Methoden nachgeahmt. Bekanntlich werden auch in der deutschen Rohstoffgemeinschaft und in anderen Vereinigungen dieser

**Art die Beteiligungsziffern der einzelnen Werke nach festem Quoten geteilt.** Die in der Rohstoffindustrie zusammengeschlossenen Unternehmungen erhalten eine gewisse Quote, die ihrer Erzeugungsfähigkeit entspricht. Die Festlegung der Quote ist in der Schwerindustrie in der Regel ein Akt, dem schwere Kämpfe vorausgehen. Wurde vorher in freier Konkurrenz um den Absatzmarkt gerungen, so geht der Kampf mit der Bildung eines Kartells um die Festlegung der Quote. Es ist bisher nichts davon in die Öffentlichkeit gedrungen, ob auch in der Basaltindustrie diese harte Quote nützlich stattgefunden haben. Die lange Verhandlungsdauer läßt aber immerhin hierauf schließen. Die in der Basalt-Union zusammengeschlossenen Firmen stellen ungefähr 90 Prozent der gesamten westdeutschen Basaltindustrie dar. Die Beteiligung der einzelnen Firmen ist folgende:

Basalt-Mittengesellschaft, Ding. a. Rh. . . . .	22,75 Proz.
V.-G. Eisfelder Steinwerke, Eisfeld . . . . .	13, —
Dolomit-Basalt-V.-G., Bonn a. Rh. . . . .	12,50
Westermaldbrüche, V.-G., Bonn a. Rh. und Vereinigte Grauwacken und Basalt-V.-G., Bonn . . . . .	11,90
J. G. Adrian, Obercaffel (Siegkreis) . . . . .	7,80
J. Keeh, V.-G., Dillenburg . . . . .	5,60
11 weitere Firmen mit zusammen ca. . . . .	27

Die Zusammensetzung der Basalt-Union zeigt, daß auch hier einige Großwerke die Mehrheit des Kartells besitzn. Die Union soll die Regelung der Produktion auf volkswirtschaftlich richtiger und möglichst konstanter Grundlage gewährleisten. Wie bereits oben bemerkt, wurde mit den Abnehmern in Bezug genommen und soll deren Einverständnis zur Bildung des Syndikats vorliegen. Die Union ist auf vier Jahre abgeschlossen. Die Regelung der Preise war anfangs nicht vorgesehen. Sie ist aber jetzt Gegenstand der Verhandlungen. Wenn die Preisregelung durch die Union erfolgt, dann soll durch Verhandlungen eine Einigung mit den Abnehmern gesucht werden. Als Abnehmer kommen in der Hauptsache öffentliche Körperschaften in Betracht.

Nach den bisher vorliegenden Verlautbarungen handelt es sich in der Basaltindustrie um ein Mengenkartell. Man wird den Abzug gemeinsam regulieren und die Aufträge gemäß der Quote an die einzelnen Firmen verteilen. Dadurch wird der gegenseitige Konkurrenzkampf ausgeschlossen und die Beschäftigung nach den Absatzmöglichkeiten geregelt. Es ist möglich, daß dadurch eine gewisse Stetigkeit in der Produktion herbeigeführt wird. Die Basalt-Union ist ähnlich wie die Kohlschlammgesellschaft, das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat und andere in der Lage, eine künstliche Verknappung des Marktes herbeizuführen. Selbst wenn die Preisfrage nicht geregelt würde, so ist allein schon durch die menschenmäßige Beschränkung ein Preisaufbau zu erwarten. Was sich sonst noch für Fragen im Laufe der Zeit ergeben werden, steht noch dahin. Wir werden gelegentlich darauf zurückkommen.

Bekanntlich haben in anderen Industrien solche kartellmäßigen Zusammenschlüsse später zu Fusionen der einzelnen Unternehmungen geführt. In der Kohstoffindustrie sind derartige Mengenkartelle die Schrittmacher der großen Konzerne geworden. Es ist noch nicht ersichtlich, ob die Basalt-Union ähnliche Folgerungen zeitigen wird. Die Möglichkeit ist aber zweifellos vorhanden. Auch können solche Kartelle wie die Union zu gegenseitigen Vereinbarungen einzelner Mitglieder führen. Hier ist vor allen Dingen der Quotenaustrausch in den Bereich der Möglichkeit gerückt. In der Schwerindustrie taten sich manchmal einige Mitglieder zusammen, um sich gegenseitig die Quoten abzutreten, wenn die Verfahrtsfrage oder die Standortfrage dem einen oder dem anderen Werke günstiger war. Wir können alle die Fragen, die sich im Laufe der Zeit ergeben können, vorläufig nur andeuten. Sie zeigen aber, daß ein solcher Zusammenschluß allerhand Konsequenzen nach sich zieht.

Die Steinarbeiter haben alle Ursache, derartige Zusammenschlußbewegungen zu beobachten. Namentlich müssen die Betriebsräte auf dem Posten sein, um den Lauf der Dinge im Auge zu behalten. Der Zusammenschluß der Unternehmer in der hier geschilderten Form macht es naturgemäß erforderlich, daß auch die Arbeiter sich mehr als bisher um den Ausbau ihrer Organisation bekümmern. Nur eine feste, innerliche konstante und schlagkräftige Organisation ist in der Lage, einen Gegenpol gegenüber solchen Kartellen zu bilden. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in der Regel nicht Gegenstand solcher Kartelle. Aber sie werden weitgehend von denselben beeinflusst. Das alles sollen unsere Kollegen beherzigen.

## Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Eine Million Unfälle.

Nach einseitigen Feststellungen des Reichsversicherungsamts belief sich für das Jahr 1926 die Zahl der gemeldeten Unfälle auf rund eine Million, darunter rund 4000 Anzeigen über Berufskrankheiten. Die Zahl der gemeldeten Unfälle betrug im Jahre 1925 rund 863 500, im Jahre 1924 rund 646 000. Eine starke Zunahme weist auch die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle für das Jahr 1926 auf. Sie beträgt rund 125 000 gegenüber 107 517 im Jahre 1925 und 80 820 im Jahre 1924.

Die im Jahre 1926 geleisteten Entschädigungen (Renten usw.) betragen nach vorläufiger Ermittlung rund 260 Millionen Mark gegen rund 179 Millionen Mark im Jahre 1925 und rund 112 Millionen Mark im Jahre 1924.

Ein Vergleich mit dem Jahre 1913 ergibt für das damalige Reichsgebiet folgende Zahlen: Gemeldet wurden rund 789 000, erstmalig entschädigt rund 139 600 Unfälle. Die Summe der Entschädigungen betrug rund 177 Millionen Mark.

Mit dem Beginn des Berichtsjahres sind die neuen Vorschriften des Gesetzes vom 14. Juli 1925 über Krankenbehandlung, Wartezeit, Erbschaftsprüfung usw. in Kraft getreten. Zu ihrer Durchführung, namentlich zur Förderung der möglichst frühen Übernahme der Heilbehandlung in geeigneten Fällen durch die Träger der Unfallversicherung, sind Abkommen zwischen den Spitzenverbänden der Berufsvereinigungen und der Krankenkassen geschlossen worden. Auch über ein Zusammenwirken mit dem Roten Kreuz bestehen Vereinbarungen.

Natürlich können alle Vorschriften und Abkommen über Krankenbehandlung und erste Hilfe bei Unfällen sich für die Versicherten nur günstig auswirken, wenn sie nicht auf dem Papier stehen bleiben. Ebensowenig nützen alle Unfallverhütungsvorschriften, wenn sie nicht in die Praxis umgesetzt werden. Die für 1926 überraschend hoch angestiegene Zahl der gemeldeten und erstmalig entschädigten Unfälle gibt zu denken, läßt sich doch sicherlich von der Steigerung bei der Zahl der Unfälle nur ein Teil auf eine Belebung der Volkswirtschaft zurückführen.

## Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Geheim:

1. Gau NO.: Königsberg Distr. für Steinmetzen und Schleifer. Grund: Versuche der Unternehmer, die Tarifverhandlungen zu verschleppen.

1. Gau NW.: In Greifswald die Baustelle der Fa. Reinde & Co. (Berlin) auf der Insel Rines b. Greifswald für Steinmetzen. — In Jöhndorfen die Firmen Büchler, Hollweg und Kämpers. Die Tarifanerkennung fehlt von diesen Firmen. — In Bremen das Grabsteingefäß Aug. Traupe, Kiensberger Friedhof.

3. Gau. In Mittweida der Betrieb der Fa. Knoll und die Firma Hofmann „Eichberg“ (Streit). — In Wemsa b. Leipzig besteht anscheinend ein Abkommen der Unternehmer, das die persönliche Unabhängigkeit der Kollegen bei Arbeitsplatzwechsel aufhebt. Der hiesige Steinbruchbesitzer möchte deshalb von Arbeitsangeboten verschont werden, zumal auch über die Grundtarife noch keine Verständigung erfolgen konnte.

4. Gau. In Greiz (Bogil.) das Steinsech- und Tiefbaugeschäft Dettel u. Kopffleisch wegen Nichtanerkennung des Tarifs. Die Firma führt in Weimar, Thüringen, größere Arbeiten aus, deshalb Tarifs- und Maßregelung die Firmen: Jakob Melcher, Max Sträß und C. Wendenburg. — Die Baustelle des Steinsechbetriebes von Chr. Soche in Süplingen, Bornum, wegen Nichtanerkennung der tariflichen Stundenlöhne. — In Altenburg das Steinsech- und Tiefbaugeschäft von Emil Dahler wegen Nichtanerkennung des Tariftrages. — In Detmold, Grabsteingefäß von Hugo Meier.

5. Gau.: In Ebersfeld ist der Marmorbetrieb W. Bogler u. Co., Inhaber W. Wiens in Unter-Varmen zu meiden wegen Nichtanerkennung des Tarifs. — Die Rubryankleinbetriebe der Firma Weidmann in Heisingen und Rettwig.

6. Gau.: Mittel- und Südbaden. Für die Betriebe der Pflasterstein- und Werksteinbranche haben die Unternehmer den Lohnvertrag gekündigt mit der Absicht des Lohnabbaues. Die Betriebe sind deshalb unter allen Umständen zu meiden!

8. Gau.: In Koburg der Pflastererbetrieb der Fa. Koch wegen Nichtanerkennung des Steinsechertarifs.

## Streit:

2. Gau.: In Siegnitz, Grabsteingefäß und Grabsteinschleiferi B. Merkel. Im „Steinbildhauer“ sucht die Firma „unorganisierte“ Arbeitskräfte zum Ausbeuten, also ganz dumme.

4. Gau. In Göttha Grabmalgeschäft A. Herr. — In Nordhausen Steinsecher der Firma Karl Sonnabend.

6. Gau. In Mittel- und Südbaden in der Werksteingruppe.

**Ereignet.** Der Streit in der hiesigen Oberlausitz (Königshain und Arnsdorf) durch verbindlich erklärten Schiedspruch.

**Chemnitz.** Achtung, Kollegen! Unterläßt jeden Zugang nach Limbach am Wasserturm. Das dortige Stein-Material und der Aukhoflag sind so schlecht, daß der Tariflöhne nicht herauskommt. Auskunft erteilt der Vorsitzende G. Felix Kunath, Chemnitz, Zwidauer Str. 138, IV.

**Zum Verbandstage.** Zur Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. In Nr. 15 des „Steinarbeiters“ hat ein Kollege P. G. meinen Artikel unterzogen; er schreibt, daß viele Kollegen schwer zu erziehen sind, die statutenmäßigen Beiträge zu zahlen. Das stimmt. Wenn aber nun die Arbeitslosenunterstützung angenommen würde, so könnte doch meines Erachtens die Erhöhung der Beiträge, die durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung notwendig ist, nicht auf die anderen Unterstühtungen angerechnet werden, so daß dieser Kollege, der den betreffenden Prozentsatz nicht bezahlt, ohne weiteres bei Eintritt eines Unterstühtungsfalles eine geringere Unterstühtung erhalten würde. Nehmen wir an, es machte sich eine 25prozentige Erhöhung auf Konto Arbeitslosenunterstützung notwendig und ein Kollege zahlte bisher 1 Mk. Beitrag, er würde dann bei Eintritt eines Unterstühtungsfalles in Zukunft nicht mehr auf den Beitrag von 1 Mk., sondern bloß noch auf 80 Pfg. die Unterstühtung erhalten, denn der 25 Prozent Zuschlag und dann 20 Prozent Abzug kommt die ursprüngliche Zahl wieder heraus, ebenso bei 50 Prozent Zuschlag und 33 Prozent Abzug. Nehmen wir nun den Fall an, sämtliche Kollegen im Verbands würden sich um die Beitragserhöhung drücken (ich bitte, dieses nicht als Beleidigung aufzufassen, weil es ja nur ein Beispiel ist), so würden ganz enorme Summen ohne weiteres für die Arbeitslosenunterstützung frei werden, wenn man die letzte Jahresabrechnung zugrunde legt. Nur einige Zahlen der Unterstühtungen im letzten Jahre möchte ich anführen: Es wurden an Krankengeld bezahlt 265 188 Mk., Streikunterstützung 293 537 Mk. Wenn man nun 20 Prozent abrechnet, die auf Grund der 25 Prozent Erhöhung der Beiträge zugunsten der Arbeitslosenunterstützung verwendet werden, macht es schon 111 744 Mk., folgedessen muß jeder Kollege, der seine bisherigen Rechte wahren will, die 25 Prozent Beitragserhöhung bezahlen. Es kann dann nicht gesagt werden, daß das ja eine Herabsetzung der Leistungen wäre, weil doch derjenige, der im Unterstühtungsfalle weniger erhält, selbst daran schuld ist, weil er die statutenmäßige Erhöhung nicht bezahlt hat. Mit den Redensarten, daß es Aufgabe des Staates sei, für die Erwerbslosen zu sorgen, ist den Erwerbslosen nicht gedient! Erfahrungsgemäß liegen bei einer Krise immer die älteren Kollegen, also die Pioniere des Verbandes, auf der Straße. Soll das der Dank sein, daß man sie auf die alleinige Hilfe des Staates vertritt? Nun zu dem Artikel des Kollegen Voltz in Nr. 16. Ich glaube, Kollege Voltz hat mich mißverstanden oder er kennt die Taktik nicht, die teils von den Unternehmern, teils von uns aus verschiedenen Gründen angewandt wird. Die meisten Lohnbewegungen spielen sich, wie ich bereits schon ausführte, im Frühjahr ab und die meisten werden nach Wochen- oder monatelangen Verhandlungen ohne Streit beendet. Ein großer Teil der Kollegen liegt während dieser Zeit auf der Straße, weil ja die Verhandlungen in der Regel so zeitig angelegt sind, daß die Arbeitsmarktlage für uns außerordentlich ungünstig ist. Wenn nun nach einer Verhandlung die Lohnkommission über das Ergebnis Bericht erstattet und über Annahme oder Ablehnung eine Abstimmung erfolgt, so werden vielfach die Arbeitslosen auf Grund ihrer pekuniären Verhältnisse, in Erwartung, nach Annahme wieder in den Produktionsprozess eingereiht zu werden, eher für die Annahme sein, obgleich im nochmaligen Verhandlungswege noch etwas herauszuholen gewesen wäre. Es braucht deswegen nicht gleich zum Streit oder zur Aussperrung zu kommen. Kollege Voltz läßt sich anscheinend von den Verhältnissen an der Bergstraße leiten, wo es anscheinend weniger arbeitslose Kollegen gibt. Vor dem Kriege, als ich durchreiste, gab es jedenfalls keine. Wie hier von einem Zudehrot geschrieben werden kann, ist mir einfach

## Aus der Thüringer Schiefer-Industrie.

Der Reisende, der von Norden her über Probstzella nach München fährt, sieht, wenn er den Thüringer Wald kreuzt, schon im Sormitztal überall Halden aufgetürmt, die mit ihrer schwarzblauen Färbung der ganzen Gegend ein bezeichnendes Gepräge geben. Es ist das Gebiet des bedeutendsten mitteldeutschen Schieferbaues. Die größten Brüche dieser Industrie liegen etwas abseits der großen Verkehrsadern zwischen Nord- und Süddeutschland in der Umgegend des Städtchens Lehesten im südlichen Zipfel des Kreises Saalfeld. Eine Zweigbahn führt von Lubditzstadt aus zu ihm hin. Hier liegen die größten Schieferbrüche des europäischen Festlands, gewaltige Tagebaue, die zur Gewinnung des Schiefers und zur Fortbewegung der Abraummassen mit allen neuesten Hilfsmitteln ausgerüstet sind. In der Nachbarschaft von Lehesten, im Loquistale und bei Probstzella, ist man vielfach schon zu Tiefbau übergegangen und sucht den Schiefer bergmännisch zu gewinnen.

Der Schieferbau im Thüringer Walde muß schon sehr alt sein. Es steht urkundlich fest, daß man im 15. Jahrhundert bereits zur Bedachung des Domes in Würzburg und der Feste Heldburg Lehestener Schiefer verwendete. Der Thüringer Schiefer war also damals schon ziemlich weit über seinen Gewinnungsbereich hinaus als Bedachungsmittel geschätzt. Auch heute noch verdankt er dieser Verwendung seine Hauptbedeutung, denn er heißt die für diesen Zweck unerlässliche Härte, die dem Schweizer Schiefer zum Beispiel abgeht. Nördlich von Lehesten, im Gebiete von Spechtsbrunn, Steinach, bis nach Saalfeld hin, kommen auch weiche Schieferarten vor. Sie werden hauptsächlich zu Griffeln oder Schieferstiften verarbeitet, und zwar in solchen Mengen, daß damit auch außerdeutsche und überseeische Länder versorgt werden können. Auch die in Thüringen in hoher Blüte stehende Schiefertafelindustrie war ursprünglich auf thüringisches Schieferorkommen gegründet und wurde lange Zeit als Heimindustrie betrieben. Seit Jahrzehnten aber ist die Schiefertafelherstellung bereits so gut wie ganz an Fabriken übergegangen, die außer für den deutschen Bedarf auch für die Ausfuhr arbeiten. Die maschinelle Bearbeitung der Schiefertafeln in den Fabriken hat gleichzeitig dazu geführt, daß man als Rohstoff vor dem Thüringer Schiefer dem Schweizer Schiefer den Vorzug gegeben hat, weil er weniger hart ist als der thüringische Schiefer und sich infolgedessen mit geringeren Kosten schleifen und sonst behandeln läßt. Für Dachbedachung ist der Schweizer Schiefer wegen seiner Weichheit und chemischen Beschaffenheit nicht geeignet.

Die Bearbeitung des Schiefers ist ziemlich einfach. Durch Spaltung werden beim Tagebau wie beim Tiefbau die Schieferblöcke losgelöst. Für die Herstellung von Dachschiefer sucht man im Bruche möglichst große Matten von ½ bis 1 ½ Meter Länge zu gewinnen. Schon an der Bruchstelle werden dann die brauchbaren Blöcke ausgesondert und den Spalthütten zugeführt. Die ungeeigneten Steine wandern auf die in der nächsten Nähe des Bruches liegenden Halden. In den Spalthütten oder -hütten werden die brauchbaren Blöcke in drei Abschnitten an langen Tafeln größtenteils mit der Hand weiter bearbeitet. Zunächst werden aus ihnen durch Eintreiben von Holzkeilen in die Schieferungsugen dünne Platten herausgespalten und diese mit dem Meißel von etwa anhaftenden ausgebrochenen Schieferplättchen befreit und so oberflächlich geebnet. Hierauf werden die Schiefertafeln mit Hilfe von Schieferseheren auf die gewünschte Größe zugeschnitten. Dabei

unterscheidet man Schablonenschiefer und Schiefer für sogenannte „altdeutsche“ Bedung. Beim Schablonenschiefer werden die Umrisse durch eine Reihnadel aus Stahl auf die Schieferplatten geritzt und diese danach geschritten, während der Schieferseher den „altdeutschen“ Schiefer in feststehenden Formen oder verschiedenen Größen, wie sie der rohe Stein ergibt, frei nach dem Augenmaß zuschneidet. Die fertiggelassenen Schablonenschiefer werden nach je 100 Stück, die „altdeutschen“ Schiefer nach Zentner abgeteilt auf dem Lagerplatz aufgestellt und von dort aus verladen. Der beim Spalten und Schneiden des Dachschiefers entstehende Abfall wird entweder auf die Schieferhalden gestürzt oder er wird, wie das in letzter Zeit häufiger geschieht, in Kollergängen zu Schiefermehl zermahlen, das zum Beispiel zur Herstellung von Spachtelkitt u. a. Verwendung findet.

Außer zur Herstellung von Dachschiefer eignet sich der thüringische Schiefer auch zur Erzeugung von Schieferplatten. Um solche zu gewinnen, zerläßt man unpaßbare Blöcke, hobelt und schleift man sie mit Hilfe von geeigneten Maschinen und gibt ihnen durch ein besonderes Polierverfahren einen tiefschwarzen Hochglanz, wodurch sie zur Verwendung als Grabsteine und zu kunstgewerblichen Zwecken brauchbar werden. Die unpolierten Schiefertafeln dienen als Schalttafeln in der Elektrotechnik, als Fensterstimmse, Wandtafeln usw. Auch elektrische Isolatoren werden mit gutem Erfolge aus Schiefer hergestellt. Seine Hauptverwendung aber findet der thüringische Schiefer immer als Bedachungs- und als Wandbelagsmittel. Namentlich erhalten die mit ihnen beklebten Außenwände von Fachwerkhäusern einen ausgezeichneten Schutz gegen die Witterungseinflüsse.

Das Hauptabgabegbiet für thüringischen Schiefer ist das Inland. Zwar werden kleine Mengen von Dachschiefer auch ausgeführt, so nach Holland, der Tschechoslowakei u. a., aber sie machen doch nur einen sehr geringen Teil der gesamten Schiefergewinnung aus. Da sich auch in Belgien, England, Frankreich in Abbau stehende Schieferlager befinden, so ist eine Ausfuhr nach diesen Ländern so gut wie ausgeschlossen; die deutsche Schieferindustrie muß vielmehr hin und wieder mit den Industrien dieser Länder auf dem einheimischen Markt in Wettbewerb treten. Die Hauptverwendung des Schiefers als Bedachungsmittel bringt es natürlich mit sich, daß die Schiefergewinnung und -verwertung in engem Zusammenhang mit dem Steigen und Fallen der Lage auf dem Baumarkt steht. So hat das völlige Darniederliegen der Bautätigkeit während des Krieges von den ungefähr 30 Vorkriegsbetrieben zwei Drittel zum Erliegen gebracht. Nur neun Betriebe vermochten trotz der Einberufung ihrer Arbeiter zum Heeresdienst und trotz vielfacher Abwanderung in die Rüstungsindustrien mit einem geringen Bruchteil ihrer sonstigen Belegschaft zu arbeiten. Einige Aufträge erstanden ihnen aus notwendigen Bauten des Heeres und der Rüstungsindustrien, auch wurden rohe Platten zur Herstellung von Schalttafeln und Isolierungen für die U-Boote geliefert. Nach dem Kriege ergab sich zunächst ein stärkerer Bedarf an Schiefer durch das Nachholen der im Kriege zurückgestellten Ausbesserungen an Häusern und der Wohnungsbauten, die möglich waren, aber die thüringische Schieferindustrie, die so gut wie nichts ausfuhrte, mußte auch alle Verbesserungen der Inflation gründlich auskosten. Der durch sie hervorgerufene Mangel an Betriebskapital führte zu mancherlei Betriebsbeschränkungen, die noch nicht ganz behoben sind. Doch haben heute wieder rund 2400 Arbeiter Beschäftigung in der Schieferindustrie, eine Zahl, die unge-

fähr der im letzten Vorkriegsjahre gleich ist. Das starke Eindringen der bergmännischen Schiefergewinnungsart ist wohl der Grund, daß die Thüringer Schieferarbeiter, zum Beispiel in Lehesten und Probstzella, im Verband der Bergarbeiter Deutschlands gewerkschaftlich organisiert sind, während die Schieferarbeiter von Steinach, Spechtsbrunn und Umgebung (Griffelschiefer) im Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands ihre richtige gewerkschaftliche Organisation sehen.

Einer besonderen kurzen Betrachtung neben dem Dachschiefer bedarf der schon erwähnte Griffelschiefer, der, wie der Name sagt, zur Herstellung von Schreibgriffeln dient und in dieser Form ein bedeutender Ausfuhrgegenstand geworden ist. Die Hauptstätten für den Griffelschiefer liegen am Fellberge bei Steinach im Norden von Sonneberg. Hier, in Steinach und den Dörfern Reichmannsdorf und Volkmannsdorf, sind die Hauptstübe der Griffelerzeugung, die etwa 300 Menschen beschäftigen. Der Schiefer wird in Gestalt und Größe eines Holzlasters gewonnen. Die Scheite werden in zahlreichen Holzhütten in der Länge des zukünftigen Schieferstiftes zerlegt. Hierauf werden aus diesen kurzen Stüden in der Richtung der einen Schieferung flache dünne Platten herausgesägt. Nunmehr genügen ganz leichte Schläge mit einem Hammer, um diese Platten in eine Reihe von vierkantigen Stiften zu zerlegen, da die Platte von Rissen durchsetzt ist, die der zweiten Schieferung entsprechen. Der vierkante Stift wird hierauf mittels einer durch Treten in Bewegung gesetzten Maschine durch eine runde Öffnung mit scharfem Rande hindurchgedrückt und kommt als runder Stift auf der anderen Seite heraus. Er wird dann an einer anderen Arbeitsstelle noch mit einer Maschine angepöpselt und mit buntem Papier umklebt und ist so fertig. Wo maschineller Antrieb vorhanden ist, geht die Herstellung des Stiftes sehr rasch vor sich. In vielen Betrieben ist aber noch die Bearbeitung mit der Hand üblich. Thüringer Schieferstifte werden in alle Teile der Welt verschickt.

## Schulratsbesuch.

Landkinder haben oft schlechte Manieren. Herr Lehrer muß häufig sich drum genieren. Drum schärft er ihnen gründlich ein. Beim Besuch des Herrn Schulrats recht höflich zu sein. Und wenn er im Unterricht sie wird befragen, Bei jeder Antwort „Herr Schulrat“ zu sagen. — Herr Schulrat ist heute sehr gut gelaunt. Bewundert des Lehrers Leistung erstaunt. „Den Katechismus, den kennen sie ja im Schlaf.“ Dann wendet er sich an Lieschen brav: „Sag mir, wie der Herr zu der Schlange spricht!“ Da strahlt das Kind über das ganze Gesicht, kaum daß es sich Zeit nimmt, Antwort zu geben: „Du sollst verflucht sein, Herr Schulrat, dein ganzes Leben! Du sollst, Herr Schulrat, kriechen auf dem Bauch, Und Staub fressen, Herr Schulrat, sollst du auch, Ich will Feindschaft sehen zwischen dem Weibe und dir, Herr Schulrat!“ . . . Da stöhnt er: „Sinweg mit ihr!“ . . . Und läßt die Klasse beten alsdann . . . Er ist ein „g l ü c k l i c h e r“ C h e m a n n.

(Aus „Frauenwelt“, Heft 9 vom 23. April 1927.)

unverständlich. Es liegt doch im Interesse der arbeitenden Kollegen selbst, die Arbeitslosen in eine solche Lage zu versetzen, daß sie den Arbeitsmarkt nicht zuungunsten der Arbeitenden beeinflussen. Von solchen Redensarten werden sie nicht satt.

Beilharz, Löwenberg (Schlesien).

**„Politische Neutralität.“** Wer als politisch sich betätigender Kollege die Anträge, die dem Verbandstage in Frankfurt a. M. vorliegen, aufmerksam studiert und besonders die Anträge Nr. 87 bis 90 durchsicht hat, unter Berücksichtigung der politischen Parteizugehörigkeit der Verbandsmitglieder in den einzelnen Bezirken, den ergreift beim Lesen dieser Anträge bitteres Weh. Wenn man bedenkt, daß diese Anträge, von den Kollegen in den Versammlungen zur Diskussion gestellt, dort entweder Zustimmung oder Ablehnung erfahren und demgemäß die Delegierten beauftragt werden, für oder gegen die Anträge auf dem Verbandstag zu stimmen, so ist es doch am Platze, einmal zu sagen, daß mit der „politischen Neutralität“ Schluß gemacht wird, wenigstens mit dem, was ein großer Teil der politisch indifferenten Kollegen unter Neutralität versteht. Für einen scharfen Beobachter gibt die mangelhafte politische Betätigung der Gewerkschaftsmitglieder zu bedenken; denn viele Zustellenvorstände gehören keiner politischen Arbeiterpartei an, die Mitglieder vielleicht zu 1 Prozent (? Red.). Die Arbeiterpresse wird von zirka 2 Prozent (? Red.) gelesen. Wie kann die Mitgliedschaft für politische Fragen interessiert werden und wie kann die Jugend zu brauchbaren Kämpfern erzogen werden bei dieser mangelnden Betätigung in politischer Beziehung? Weiß doch jedermann, daß der Tummelplatz der Jugend im Kino und auf dem Sportplatz liegt, wobei gegen die Körperpflege nicht agitiert werden soll, aber die Pflege des Geistes darf dabei nicht vergessen werden. Wenn man nun alle diese Zustände in Betracht zieht und dabei bedenkt, in welsch gemeiner Weise manchmal über die Führer geschimpft wird, kann man sich eines Gefehs nicht erwehren. Beschimpft und gedemütigt von denen, die politisch indifferent, als Handlanger des Kapitalismus zu bezeichnen sind, ist es zu bewundern, mit welchem Schaffensdrang die Führer die Geschichte der Arbeiterschaft dennoch zu lenken verstehen. Die politische Gleichgültigkeit kann nicht scharf genug bekämpft werden. Diese Uebergelassenen vergessen, daß durch ihre indifferente Einstellung sie anderen bekommen in Form von Steuern, Abgaben usw. von den „neutralen Parlamentariern“, was sie gestern durch Streiks und andere Kampfmaßnahmen herausgeholt. Kollegen! Wie lange behaltet ihr diese „Neutralitäts“-binde vor den Augen? Wie lange überläßt ihr die Jugend den „Neutralen“? Seid einmal konsequent, werft die bürgerliche Presse aus dem Hause, betätigt euch politisch als freigewerkschaftliche Organisierte, dann könnt ihr auch die Anträge Nr. 87 bis 90 objektiv behandeln.

W. W.

### Steinarbeiter.

**Hiersdorf.** Die Zahlstelle kann auf eine 15jäh. Bestehen zurückblicken. Es sind in der Zahlstelle noch 5 Kollegen, die als Gründer derselben ebenfalls auf eine 15jäh. Verbandszugehörigkeit zurückblicken können. Das sind die Kollegen Alois Jochims, Joseph Weicker, August Tröger, August Buchmann und Franz Buchmann. Dann ist noch der Kollege Steinmetz Liemar zu nennen, der auf seine 20jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken darf. Dies möge ein Ansporn für die jüngeren Kollegen der Zahlstelle sein. Zu gleicher Zeit laden wir die Nachbarzahlstellen Maserdorf und Großlundorf zu dem am Sonntag, dem 1. Mai stattfindenden Steinarbeiterernstern im Saale des Herrn Kneifel ergebenst ein. Anfangs 6 Uhr.

**Hiddesen.** Die Streitigkeit zwischen dem Steinmetz Schepelmann und dem Vorsitzenden Kollegen Betzing in Bielefeld ist in einer Versammlung zu Hiddesen am 15. April geregelt worden. Der Steinmetz Schepelmann soll die Neuherstellung am Bau Salzfelsen gegenüber einigen Stufkaturen gemacht haben, als diese ihn auffordert, sein Verbandsbuch vorzuzeigen, wobei sich Schepelmann entschuldigte, er sei wegen Kollegen Betzing aus dem Verbande ausgetreten, weil Kollege Betzing 1926 in Lemgo unterm Bohrgearbeit hätte, wo aber leider kein Lohn oder ein abgefallener Tarif bestand. Die Zahlstelle Hiddesen konnte feststellen, daß Schepelmann seit 1925 vom ersten Quartal an nicht mehr dem Verband angehört. Seine Neuherstellung wurde von der Versammlung in Hiddesen für ungläubhaft gehalten. Um die Streitigkeit aus dem Wege zu schaffen, wurde ein Antrag vom Kollegen Klute von der Versammlung angenommen, der lautet: Wenn der Kollege Schepelmann die Neuherstellung im „Steinarbeiter“ zugibt, wird die Wiederaufnahme bewilligt. Hierzu gab Schepelmann seine Einwilligung mit der üblichen Rückwirkung laut Statut 8 Wochen Nachzahlung. Damit wird Schepelmann von unserer Seite aus in den Steinarbeiterverband aufgenommen und wieder als Kollege angeprochen.

**Böbelen.** Am 9. April fand in der Guten Quelle unsere Monatsversammlung statt. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab der Vorsitzende, Kollege Otto Gorka, Bericht über die Lohnverhandlung vor dem Tarifamt in Goslar. Da das Ergebnis zu niedrig war, wurde es von unserem Vertreter schon in Goslar abgelehnt und das Haupttarifamt angeregt. Die Versammlung sieht das Verhalten der Arbeitgeber und das Urteil des Goslarer Tarifamts als eine Verhöhnung der Steinarbeiter an. Die Kollegen sind bereit, den Kampf, den uns die Arbeitgeber anbieten, aufzunehmen, wenn das Haupttarifamt nicht wesentlich anders urteilt. Vom Vorsitzenden wurde hingewiesen, für den Verband zu agitieren und sich als Männer zu zeigen, diese ihre Worte zur Tat machen, damit wir auch unseren Familien das bieten können, was zum menschlichen Leben gehört. Bei den jetzt bestehenden Löhnen ist das unmöglich. Herr Geheimrat Veineweber sagt sogar, in der Steinarindustrie würden Phantasilöhne gezahlt. Herr Veineweber mag sich nur mit an unseren Tisch setzen, dann wird er anders urteilen lernen. — Im Punkt 2 wurden die Kollegen ersucht, sich rege an der Reise zu beteiligen, um zu befunden, daß sie für den Abtunstendtag zu kämpfen bereit sind. Außerdem mögen sich die Kollegen ein Beispiel an unserem Kollegen Wilsch. Die Leiter nehmen, der auf eine Mitgliedschaft von 30 Jahren zurückblickt. Er ist einer unserer Besten mit Rat und Tat und immer auf dem Posten für unsere gute Sache, mag er noch lange in unserer Reihe stehen. Alte Kollegen mit 20jähriger Mitgliedschaft hat unsere Zahlstelle noch mehrere, dies mag den jungen Kollegen ein Ansporn sein für die Parole: „Die ganze Kraft eingesetzt für den Verband“, dann können wir dem Unternehmertum einen festen Willen entgegensetzen, mit dem sie rechnen müssen.

**Eberfeld. Gaukonferenz.** In den beiden Ostertagen fand in Eberfeld im Lokal Sauerzopf die Konferenz des 5. Gaues statt. Von 65 Zahlstellen waren 36 mit 48 Delegierten vertreten. Als Vertreter des Zentralvorstandes war Kollege Linke anwesend. Ins Bureau der Konferenz wurden gewählt: Schmitt (Magen) und Hohlmann (Essen) als Vorsitzende, Eggert (Gruiten) und Seibert (Köln) als Schriftführer. Nachdem der Vorsitzende der Zahlstelle Eberfeld, Kollege Beutler, die Delegierten im Namen der Zahlstelle begrüßt hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten und beschlossen, Punkt 1 und 2 der Tagesordnung zusammen zu behandeln. Kollege Braun führte in seinem Bericht aus, daß auch die Verichtszeit eine Belastungsprobe für die Kollegen im Westen gewesen sei; die Wirtschaft hätte nicht das gebracht, was man erwartet hätte. In der Kunststein- und Grabmalbranche sei die Konkurrenz sehr schlecht. In der Pflasterstein- und Schotterindustrie sei seit dem Sommer 1925 eine gute Konkurrenz zu verzeichnen. Der heim Landes-Arbeits- und Berufsamt in Düsseldorf gebildete Sachauschuss für die Natursteinindustrie hat vorzügliches geleistet zur Beschaffung von Aufträgen, Arbeitsvermittlung, besonders aber die Vermehrung der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte. Im Wege der Notstandsarbeiten wurden allein im Rheinland 385,5 Kilometer Straßen hergestellt, wodurch eine Menge Aufträge vergeben werden konnten. Kollege Braun wies in diesem Zusammenhang nochmals auf die Vermehrung von Überstunden hin, um so solche geleistet werden, auch Zuschläge zu verlangen. Die schwierige Agitation im Westen hat besonders Verbindung in der Folge des

Kampfes und der politischen Zerwürfisse. Er ging dann auf die einzelnen Zahlstellen und Bezirke ein und schilderte, wie die Agitation zumeist noch erschwert werde durch das Fehlen genügend geschulter Funktionäre. Fast alle Zahlstellen und Bezirke ließen zu wünschen übrig, außer dem Bezirk Magen, der sich trotz großer Erwerbslosigkeit, dank des Stammes guter Funktionäre, gehalten hätte. In der Basaltgruppe wurden gute Fortschritte in der Mitgliederzahl gemacht, wogegen in den Städten durchweg die Mitgliederzahl geringer geworden sei. Braun ging dann noch auf das Tarifwesen ein. Es ist gelungen, in der Verichtszeit die Löhne im Durchschnitt um 20 bis 40 Proz. zu erhöhen. Die Frage Reichs-, Bezirks- oder Ortsarbitrage sei eine Zweidringelentscheidung. Die tariflichen Schlichtungsinstanzen hätten sich gegenüber den staatlichen gut bewährt. Zum Schluß wies der Berichtsführer noch auf die Zustände im Scharrerzeugung hin und betonte, daß hier die Kollegen unbedingt erfasst werden müßten, um mit dem Sudgewerbeverband zu einem Tarifabluß zu kommen. An der Diskussion beteiligten sich fast alle Delegierten. Im wesentlichen wurde an der Arbeit des Gauleiters Braun keine Kritik geübt. Mehr wurde grundsätzlich die Gewerkschaftstatistik bemängelt. Als Kollege Scholl hierbei auf das politische Gebiet übergriff, wurde er von dem Vorsitzenden, Kollegen Schmitt, zurechtgewiesen. Hierauf wurde ein Antrag eingebracht, Kollegen Schmitt als Vorsitzenden durch einen andern Kollegen zu ersetzen. Der Antrag wurde aber gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Der Bericht des Gauleiters Gante konnte kein ausführlicher sein, da er erst seit einem Jahr seine Tätigkeit aufgenommen hat. Gante schilderte, wie das Affordwesen im Pflasterergewerbe sich gegriffen habe und stellte fest, daß je höher die Stundenlöhne, desto niedriger die Affordlöhne bemessen sind. Auch sei die Anzahl der beschäftigten Lehrlinge eine große Gefahr für die älteren Steinseker. Allein im Rheinland werden zur Zeit 500 Lehrlinge beschäftigt. In Wanne entfallen auf einen Pflasterer 10 Lehrlinge. Kollege Gante ging dann eingehend auf die Konkurrenz zwischen Pflaster und Asphalt ein, der nur Herr zu werden sei durch Qualitätsarbeit. Auch die Arbeitszeit wird in den meisten Fällen nicht eingehalten, so daß sich dadurch die Erhöhung der Löhne recht schwierig gestaltet. Die Angelegenheit Kirtel ersucht heute noch den Ausbau der Organisation unter den Steinseker. Ferner wurde die Teilung der Gauleitung erwünscht und angeregt, aus Zweckmäßigkeit den Sitz des Kollegen Gante nach Essen zu verlegen. An der Diskussion beteiligten sich wieder alle in Frage kommenden Delegierten. Kollege Scholl-Dortmund glaubte hervorheben zu müssen, daß die Angelegenheit Kirtel nicht so einen Trümmerhaufen bereitet hätte, wie Gante berichtet. Er bemängelt, daß die Abmachung mit den Unternehmern bezüglich Leistung im Tagelohn zu hoch gegriffen sei. Kollege Linke führte aus, daß im Westen die Großindustrie regiert und die Zerspaltung der Arbeiterschaft am größten sei, dadurch der Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft schwerer sei als in andern Gebieten. Er wandte sich gegen die Behauptung, daß Kirtel über den Kopf der Mitglieder als Gauleiter angestellt worden sei. Wenn Gante sage, er hätte einen Trümmerhaufen vorgefunden, sei das berechtigt. Auch die Abmachungen bezüglich Leistung im Stundenlohn wurden von ihm ins richtige Licht gerückt. Im übrigen konnte festgestellt werden, daß es auch bei den Steinseker wieder vorangeht. Nach dem Schlußwort des Koll. Gante wurde die Konferenz am 1. Verhandlungstage gegen 5 1/2 Uhr geschlossen.

Abends war von der Zahlstelle Eberfeld ein Unterhaltungsabend veranstaltet worden. Am zweiten Tage wurden die Anträge zum Verbandstag beraten. Ein Antrag „Verschmelzung mit dem Bauergewerksbund“ wurde abgelehnt, hingegen ein Antrag „Industrierverbände zu bilden“ angenommen. Als Schwerpunkt des zweiten Verhandlungstages stand ein Antrag zur Debatte, der besagte, den Kollegen Seebold aus dem Verbande auszuschließen. Nach eingehender Debatte wurde dieser Antrag abgelehnt. Nachdem alle Anträge durchberaten waren, dankte Kollege Schmitt den Kollegen der Zahlstelle Eberfeld für die freundliche Aufnahme und sprach den Wunsch zum Ausdruck, daß die weitläufige Aussprache neuen Kampfesgeistes in die Mitglieder tragen möge. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter wurde die Konferenz gegen 3 1/2 Uhr geschlossen.

**Bremen.** Ueber die Firma Aug. Traupe, Grabsteingewerbe in Bremen, Friedhofstraße (am Riensberg), wurde am 7. April 1927 die Sperre verhängt. — Trozdem die hiesigen Steinseker unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden haben, brachte es diese Firma fertig, unorganisierte Stein- und Schriftstauer von auswärts zu holen, natürlich einen abgewirtschafteten Kräter aus Gelsenkirchen als ersten. Großzügig wie solche Herren dann sind, wollte er sich auch mal für einige Wochen im Verband aufnehmen lassen. Da wir kein Verständnis dafür hatten, daß unsere organisierten Kollegen auf der Straße liegen und Arbeitslosenunterstützung beziehen, und dafür fremde, unorganisierte hier anfangen, lehnten wir das ab. Wir haben kein Verlangen nach Zwangsmitgliedern, die einige Wochen bezahlen wollen nur zum Schein. Die Firma Traupe ist in dieser Form bei uns gut bekannt. Tarif und die dazu gehörige Arbeitszeit sind Herrn Traupe ein Greuel. Die Firma hat das schon vor dem Kriege gut bewiesen; am liebsten arbeitet Herr Traupe mit Unorganisierten. Von 1921 im Frühjahr bis 1926 im April hatte Traupe wieder unorganisierte Steinseker. Nachdem wir im April 1926 alle Kollegen wieder aufgenommen hatten, die im Betrieb Traupe waren, bequimte sich Herr Traupe auch dazu, wieder mal unseren Tarif anzuerkennen. Die Freude auf unserer Seite war nicht von Dauer. Denn Herr Traupe reinigte seinen Betrieb sehr bald von denen, die nun glaubten, es wären herrliche Zeiten eingetreten für Kollegen, die nach Tarif arbeiten und bezahlt werden wollten.

Bis zum Sommer hatte Traupe es so gut, daß nur noch sein Viebling, der Steinseker Herr Meier im Betrieb war. Dieser Aushilfskollege ist schon sieben bis achtmal von uns in Gnaden aufgenommen worden, bringt es aber als gewohnheitsmäßiger Außenseiter nicht fertig, mit uns an einem Stränge zu ziehen. Der Verband ist für ihn eine gute Sache, aber die Beiträge sind für ihn das gemeinste, was es überhaupt in einem Verbands geben kann. Mit den Unterstellungen im Verbands würde er sich eher befreunden können. Das sind so kleine Erbschler an ihm.

In der Verhandlung mit Herrn Traupe wurde dem Organisationsleiter mit einem Rattenschwanz von Klagen gedroht, als er sich auf Grund seiner schwarzen Seele (die uns Organisierten allen anhaftet) nicht einschüchtern ließ. Die Verhandlungen wurden unterbrochen und dann stellte sich heraus, daß der gewesene „Meier“, jetzt Kautzke, zum Geschäftsführer engagiert war, und der Viebling Herr Meier auf Grund seiner guten moralischen Eigenschaften zum Polier ernannt wurde, und zwar in einem Zeitraum von 15—20 Min. Der Gehalt des Herrn Traupe war grenzenlos; in seinen kühnsten Träumen hätte sich das Meier nicht träumen lassen, auf Grund seiner ausgesprochenen Abneigung gegen Verbandsbeiträge Polier zu werden. Nun kann ihn kein Mensch mehr abhalten, so viel Überstunden zu saufen, als sich mit Hilfe der Sonne und des elektrischen Lichts möglich macht läßt. Der Weg zum Krematorium steht ihm offen ohne Hindernisse. Unsere Kollegen hatten kein Verständnis für solche Praktiken und Anzierungen und legten die Arbeit nieder, bis auf H. Meier. Und siehe, einen Tag später waren schon zwei neue Schwarzarbeiter da, denn wo ein Was ist, da sammeln sich die Raben. Der Zweck der Übung des Herrn Traupe kennen wir. Die Bauarbeiter, kalkulierte Herr Traupe, werden mehr Lohn bekommen, und die Steinseker haben einen Passus im Tarif, nach dem sie dann auch mehr erhalten, und dem mußte vorgebeugt werden, und das hat Traupe getan, hauptsächlich, um der verhassten Stein- und Bildhauerei der Notgemeinschaft eins auszuwichen. Doch hoffen wir bestimmt, daß ihm dieser verhasste Betrieb zeigen wird, daß es auch am Riensberger Friedhof möglich ist, gute und trotzdem billige Denkmäler auch von organisierten Steinseker herstellen zu lassen, unter weitgehender Rücksicht auf Tarifverbesserungen. Das geschieht jetzt schon in Form von Verbesserungen in der Ferienfrage

ab 1. April. Denn dort erhalten unsere Kollegen pro Monat einen Tag Urlaub. Wenn man uns zur Selbsthilfe zwingt, werden wir beweisen, daß wir unsere Arbeitskraft kennen als die beste Kapitalanlage.

**Gau 6. Karlsruhe.** Die Arbeiter der Granitwerkstoffbetriebe von Mittel- und Südbaden haben infolge des starkspigen Verhaltens ihrer Unternehmer am 19. April die Arbeit eingestellt. In diesem Streik sind rund 500 Arbeiter beteiligt. Hauptmäßig sind die Betriebe bei Rappoldsdorf, Bühl, Bühlertal und im Murgtal hieron erfasst. Das Verständnis für die Verhältnisse der Arbeiterschaft, mit dem sich die Unternehmer sehr oft gebrüht haben, scheint also lediglich ein platonisches Besenwesen zu sein, denn sonst hätten sie es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können, es aus Anlaß einer vom Schlichtungsausschuss bestimmten Lohnregelung zum Streik kommen zu lassen.

Daß man Unternehmern, die so handeln, als wie die im vorliegenden Falle, das soziale Verständnis abzupfechen berechtigt ist, dürfte wohl auch schon daraus hervorgehen, daß diese ihre Arbeiter schon Ausgangs des Monats März vor die Alternative gestellt hatten, entweder sie arbeiteten zu den alten im vorigen Jahre um 10 bis 13 Prozent reduzierten Löhnen weiter oder sie sollten die Arbeit einstellen. In diesem Vorgehen der Unternehmer lag also weiter nichts als wie die verächtlich zum Ausdruck gebrachte Ausperrung.

Sie hatten sich nur geniert, ihr Vorgehen mit dem richtigen Namen zu bezeichnen. Wenn man sich vergegenwärtigt, um was dieser Kampf geht, dann wird man erst recht begreifen, auf wessen Seite hier das Recht steht. Wenn es nicht schon am 1. April, wie es die Unternehmer gern wollten, zur Arbeitseinstellung gekommen ist, so deshalb, weil die Arbeiter durch die vom Schlichter übernommene Vermittlung noch immer gehofft hatten, daß diese Vermittlungsverhandlungen zu einem annehmbaren Ergebnis führen würden. Wir haben gewiß nichts unversucht gelassen, eine Verständigung ohne Kampf über die Lohnregelung herbeizuführen.

In diesen Betrieben müßten sich die Arbeiter im vorigen Jahre eine 10- bis 13prozentige Lohnreduzierung gefallen lassen. Der Druck, der damals von den Unternehmern auf die Arbeiter ausgeübt wurde, war ein unthöricht. Ueberall hatten die Unternehmer ihre Betriebe stillgelegt, angeblich weil sie keine Aufträge hatten. Schluß aber, wie die Unternehmer ja immer sind, hatten sie aber auch vor allem diese darniederliegende Geschäftslage mit dazu beizubringen, die Löhne möglichst stark zu senken. Unsere Kollegen haben sich ein ganzes Jahr mit diesen reduzierten Löhnen abgefunden in dem Glauben, daß doch die Unternehmer, nachdem nun doch inzwischen die Geschäftslage wieder eine bessere geworden war, ihre im vorigen Jahre gegebene Zusage einlösen und die früheren Löhne wieder zahlen. Anstatt dieses soll sogar der Lohn noch weiter herabgesetzt werden. Die Forderungen der Arbeiter waren die früheren Löhne vor der Reduzierung. Der Schlichtungsausschuss fällt seinen Spruch dahin, daß für die Betriebe des Aher- und Bühlertals die alten Löhne wieder hergestellt werden, während jedoch für die Arbeiter der Murgtalbetriebe nur ein knappes Drittel wiederbewährt werden sollte. Die Arbeiter hatten sich bereit erklärt, diesen Schiedsspruch anzuerkennen, obwohl dieser für die Betriebe des Murgtals in der Lohnzulage zurückschließe. Die Unternehmer dagegen haben diesen Schiedsspruch abgelehnt, der Kampf ist uns also von den Unternehmern direkt aufgewungen. Wenn die mittel- und südbadische Granitwerkstoffindustrie durch diesen Streik weiter schweren Schaden erleidet, dann müssen die Arbeiter und ihre Verbandsleitung jede Verantwortung hierfür ablehnen, sie fällt allein auf die Unternehmer zurück. Der Geist, von dem die Unternehmer jetzt beherrscht werden, ist der Geist des sozialen Unrechts, der wird den Unternehmern kein Heil bringen. Die Arbeiter der Granitwerkstoffbetriebe mögen aber aus diesem Verhalten der Unternehmer noch deutlicher als wie bisher erkennen, daß sie zur Erhaltung und Erriugung menschenwürdiger Löhne nur auf ihre eigene Kraft angewiesen sind.

### Steinseker und Pflasterer.

**Beuthen (O.-S.).** Am 12. April fand im Volkshaus eine Generalversammlung statt, die folgendes umfaßte: 1. Tätigkeits- und Kassenbericht. 2. Wahl des Gesamtvorstandes. 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende, Kollege Pollock, eröffnete die Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt. Punkt 1 wurde durch den Kassierer Czaja von den Anwesenden unbeanstandet erledigt und ihm Entlastung erteilt. In Punkt 2 wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Kollege Joseph Nowak, 2. Vorsitzender Konrad Kitzke, Kassierer Johann Bredel, Hilfskassierer Lehner und Thomas Czaja, Schriftführer Andreas Traczak, Revisoren Florian Czaja und August Pollock. Zur Prüfung der Wohlfahrtsbücher wurden Traczak und Wallura und als Kartelldelegierter Kollege Czaja gewählt. Im Punkt Verschiedenes kam ein Antrag des Kollegen Traczak, der vorsteht, daß Unterstützung aus der Lokalkasse nur in notwendigsten Fällen gewährt wird. Der Antrag wurde angenommen. Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten zur Sprache gekommen sind, fand die Versammlung um 10 Uhr ihr Ende.

**Eberswalde.** Am 10. April fand in der Lebensquelle die falsche kombinierte Versammlung der Zahlstellen, Eberswalde, Freienwalde und Wriezen statt, in der Gauleiter P. Schenke, Berlin, zugegen war. Auf der Tagesordnung stand Bericht des Gauleiters, tarifliche Regelung der speziellen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Lehrlingswesen, die Bestimmungen der Wohlfahrtsliste und Verschiedenes. Nach kurzer Begrüßung streifte Schenke in großen Zügen den modernen Straßenbau und ging näher auf die Kunststraßen ein. Da sich die Herstellung solcher Straßen bedeutend billiger stellt, weil dazu meistens ungelernete Arbeiter herangezogen werden, weist der Vortragende auf die Gefahr hin, die dem Steinleggewerbe droht. Weiter schildert er, wie schwierig es heute ist, für die Kollegen etwas zu erreichen und bedauert sehr, daß sich die jüngeren Kollegen nicht genügend um die Organisation kümmern und nicht die Interessen des Verbandes vertreten. Dann wird die Lehrlingsfrage aufgerollt. Firmen, bei denen mehr Lehrlinge als Stellen beschäftigt werden, sind keine Seltenheit. Ob es da noch möglich ist, tüchtige Kollegen heranzubilden? So wird es bald kommen, daß ein großer Teil der jüngeren Kollegen zur Schaufel greifen muß. Darum fordert er die Kollegen auf, ein wachsameres Auge auf das Lehrlingswesen zu haben und Unregelmäßigkeiten sofort dem Gauleiter zu melden. Kollege Schenke schilderte noch kurz die Entstehung unserer Wohlfahrtsliste, woraus die Kollegen erfahren, das mit dem Gelde gerecht umgegangen wird. Zum Schluß verlas er noch die Anträge zum Verbandstag, die von der Versammlung anerkannt wurden. Ferner bat er die Kollegen, zur nächsten Bezirksversammlung die Frauen mitzubringen, damit sie auch Einblick in unsere Organisation bekommen. Die nächste Bezirksversammlung findet am 10. Juli in Freienwalde bei Pf. Schwarz, Königstraße 35—36, statt.

**Stettin** hielt am 27. März 1927 eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung (Lohnforderung) erstattete der Kollege Mau über den Gang der Verhandlung mit der Innung Bericht. Er führte aus, daß das von der Lohnkommission Geforderte abgelehnt wurde und die Herren doch so gnädig gewesen wären, uns 5 Pfennig zu bewilligen und den Hilfsarbeitern nichts. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, den Schlichtungsausschuss anrufen, weil gehofft wird, daß da etwas mehr herauspringt. Unter „Verschiedenes“ machte der Vorsitzende in der Versammlung bekannt, daß hier in Stettin acht Steinseker zugereist sind auf Verweisung des Meisters Schulz, um Spezialarbeit zu machen, doch ohne sich vorher bei der Ortsverwaltung zu erkundigen, wie die Lage hier am Drie steht (gegenwärtig Lohnverhandlung), und außerdem wollen die Kollegen noch 9 Stunden und im Afford arbeiten. Die Versammlung wurde wegen diesen Kollegen sehr aufgeregt. Ein Kollege führte noch zutreffend an, daß wir nicht gewillt sind, unseren erkämpften Abtunstendtag und unsere Pausen von zureichenden Kollegen zerstückeln zu lassen. Ein alter Beschluß wurde einstimmig erneuert, er lautet: „Afford und länger als acht Stunden darf nicht gearbeitet werden. Die Pausen sind

frücke einzufahren." Wenn die Kollegen nicht mit ihrem Lohn auskommen, können sie sich von dem Meister lösen lassen, damit sie auskommen. Das Weitere wurde dem Kollegen Nau übertragen, damit die Sache in Ordnung kommt. Hierauf Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

**Leipzig.** In der am 31. März 1927 stattgefundenen Mitgliederversammlung wird an Stelle unseres verunglückten Vorsitzenden, Kollegen G u b i s c h , der Kollege L o e b als stellvertretender Vorsitzender gewählt. Die Versammlung bedauert den Unfall des Kollegen und wünscht baldigste Genesung. Anschließend gibt Kollege R e i c h e Bericht von der Schlichtungsverhandlung. Die Unternehmer billigen nach längerem Hin und Her nur für Steinschleifer 5 Pfg. zu. Nach reger Aussprache wird dies Angebot einstimmig abgelehnt, und wird eine 20prozentige Forderung auf Antrag des Kollegen M ü n z e für Steinschleifer und Hilfsarbeiter einstimmig angenommen. Desgleichen wird das Rahmen zu 50 Proz. von Steinschleifern ausgeführt, sowie das Plattenlegen zu 50 Prozent von Steinschleifern und Hilfsarbeitern. Als Delegierter zum Verbandstag wird nach reger Aussprache Kollege Hermann R e i n h a r d t mit Mehrheit gewählt. Anschließend kommen aus der Versammlung mehrere Anträge zum Verbandstag heraus. Zur Sache keine berichtet Kollege H o y e r , ist die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben. In der Diskussion wird diese Handlung von der Versammlung gebilligt. Unter Gewerkschaftlichem wird die Wohlfahrtseinrichtung angeschnitten, Kollege H o y e r gibt hier Aufklärung. In vorgerückter Stunde Schluß der Versammlung.

### Rundschau.

**Inflationsverluste der Gewerkschaften. — 150 Millionen Mark.** In seiner Rede über das Notgesetz kam der Kollege G r a h m a n n im Reichstag auch auf die Inflationsverluste der Gewerkschaften zu sprechen. Er konnte dort folgendes feststellen: „Man hat in den verflochtenen Wochen sozialer Elend der Kleinrentner und der durch die Inflation Geschädigten gesprochen. Niemand aber hat in diesem Hause hier bisher ein Wort des Verstehens über die Lage derer gesagt, denen die Wahrung der sozialen Belange von Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten in erster Linie anvertraut war, nämlich den G e w e r k s c h a f t e n . Die Gewerkschaften haben durch die Inflation ein Vermögen von weit mehr als 150 Millionen verloren, und ein gut Teil von ihnen hat das Rechnungsjahr 1924 mit wenigen Tausenden an Kassenbestand begonnen. Das ist die Erklärung, weshalb manches von dem früher Ertrungenen wieder preisgegeben werden mußte, ganz abgesehen davon, daß eine Reihe von Tarifverträgen lediglich infolge verbindlich erklärter Schiedssprüche zustande gekommen ist. Ich habe vor Monaten, als die diesbezüglichen Verhandlungen mit der Regierung von uns geführt wurden, dem Herrn Arbeitsminister und dem Herrn Reichsanwältler erklärt: „Wären wir wirtschaftlich und finanziell so vollstänbig wie bei Kriegsausbruch, wir brauchten dieses Haus, wir brauchten die Regierung nicht, wir brauchten kein Gesetz, wir hätten uns mit unserer Faust geholt, was wir für recht und billig halten.“

In der Tat, hätten die Unternehmer nicht in der Inflation einen so vorzüglichen Bundesgenossen gehabt, das ganze Gewerkschaftsleben wäre ein anderes. Hieraus erhellt aber auch, wie notwendig die Stärkung und Kräftigung der Gewerkschaftskassen ist. Unsere Kollegen mögen das immer und überall beherzigen.

**Das Gift der Wertzeitungen.** Der Willen der Unternehmer, zu sparen, findet seine Grenze, wo es darum geht, die Arbeitermassen zu beeinflussen. So werden von der Großindustrie Wertzeitungen in Massenausgaben herausgebracht, die unendliche Summen verschlingen; hofft man doch, daß diese Ausgaben tausendfältige Früchte tragen werden. Man spekuliert auf die Dummheit der Massen, die schon seit Arzten ein ergiebiges Feld der Spekulation ergeben hat. Dennoch muß die Arbeiterschaft diesen Dingen alle Aufmerksamkeit widmen. In der Nummer 7 der Betriebsrats-Zeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie, die nach dem Tode Bismarcks von dem jetzigen Vorsitzenden des Verbandes, dem Kollegen B r a n d e s , redigiert wird, finden wir einen Artikel vom Genossen Schlieffert, wo die Arbeiter gewarnt werden, an den Wertzeitungen mitzuarbeiten: „Jede Vertretung von Arbeiterinteressen gegen den Unternehmer, von Volksinteressen gegen das privatkapitalistische Interesse in der eigenen Zeitung des Unternehmers ist unmöglich. Wo der Versuch zugelassen wird, geschieht auch das nur, um eine günstige Gelegenheit zu haben, den kapitalistischen Standpunkt in der Erwiderung um so besser vertreten zu können. Außerdem wird durch solche Mitarbeit die Wertzeitung in der Arbeiterschaft populär gemacht. . . Aus dieser Erkenntnis gibt es nur die Folgerung: Der sich seiner Aufgabe bewußte Arbeiter lehnt die Wertzeitung ab und verzichtet darauf, durch seine Mitarbeit solcher Zeitung noch zu einem Ansehen in der Arbeiterschaft zu verhelfen.“

Diese Mahnung erscheint uns sehr beachtenswert. Findet man doch in den Wertzeitungen immer wieder Artikel, die von Arbeitskollegen stammen. Manche werden sich der Tragweite ihres Handelns kaum bewußt sein.

**Neubauten, die mit 120 Prozent Friedensmiete rentabel sind.** Von einem Amerikanerkonzern unter Führung der Firma Chapman u. Co., New York, ist der Stadt Berlin ein Angebot gemacht worden, 14.000 Wohnungen ohne öffentlichen Zuschuß zu errichten. In Frage kam das Südgelände in Berlin-Schöneberg. Die amerikanische Firma hat in Aussicht gestellt, daß sie eine Dreieckshalb-Zimmerwohnung nach dem Entwurf deutscher Architekten für 13.500 Mk. herzustellen in der Lage sei. Die Stadt Berlin sollte den Nachtmens für die Häuser übernehmen bzw. den ganzen Wohnbautenkomplex auf 28 Jahre pachtweise übernehmen. Das Kapital sollte mit 10 1/2 Prozent verzinst und amortisiert werden. Nach 28 Jahren wären die Häuser unbeschränkter Besitz der Stadt Berlin. Es ist nicht entschieden, ob sich Berlin für diesen Plan entscheidet. Eins scheint uns aber grundsätzlich wichtig zu sein. Nämlich der Beweis, daß auch bei 120 Prozent Friedensmiete der Wohnungsbau rentabel sein soll. Die deutschen Bauunternehmer haben bisher erklärt, daß ohne öffentliche Zuschüsse nur gebaut werden könne, wenn der Mietzins mindestens auf 150 Prozent der Friedensmiete zu stehen komme. Nun kommt eine amerikanische Firma her und will den Beweis antreten, daß auch bereits bei dem Mietzins ab 1. Oktober ein öffentlicher Zuschuß nicht mehr notwendig ist. Nachdem das Angebot der Firma Chapman vorlag, kamen auch deutsche Firmen mit einem ähnlichen Angebot heraus. Die amerikanische Firma hat sich also als ein vorzüglicher Erzieher der Unternehmer erwiesen. Genau so, wie in der Automobilindustrie die deutschen Unternehmer sich erst aufrasteten, als Hamibal vor den Toren stand, genau so erzieherisch hat es auf die deutschen Bauunternehmer gewirkt, als eine amerikanische Firma auf dem Plan erschien. Ohne grundsätzlich auf die Frage einzugehen, erscheint uns die Nebenwirkung das wichtigste an dem Falle zu sein.

**Zündhölzer und christliche Gewerkschaftsführer.** Was haben die christlichen Gewerkschaftsführer mit Zündhölzern zu tun, so werden erkaut die Leser fragen. Diese Frage haben sich in den letzten Wochen viele Leute vorgelegt, als sie im Reichstag hörten, daß der Vorsitzende der Christlichen Landarbeiter Franz Behrens als Aufsichtsratsmitglied der zum schwedischen Zündholztruf gestellten Norddeutschen Zündholz-N.G. und der Preussischen Hypothekend-Aktienbank angehört. Der Welttruf von Zündhölzern hat bekanntlich seinen Sitz in Schweden. Er ist einer der größten Kapitalismaschräfte der ganzen Welt. Es ist überhaupt kein Land vorhanden, wo der schwedische Zündholztruf noch nicht eingedrungen ist. In fast allen Ländern der Erde beherrscht er die vorhandene Zündholzindustrie. Mit dem amerikanischen Großkapital ist der Schwedentruf eng verbunden. Jeder, der ein Zündholz anzündet, ist damit diesem Truf zu einem Tribut verpflichtet. Der Truf beherrscht nicht nur die Zündholzindustrie, sondern auch deren Absatzgesellschaften, die Maschinenindustrie, die dazugehörige Maschinen liefert, ihm gehören umfangreiche Waldungen in allen Erdteilen,

## Die Marke der organisierten Verbraucher! **GEWERKSCHAFTER,** fordert nur **GEG-ZIGARETTEN IN EUREM KONSUMVEREIN**

Banken, Holdinggesellschaften usw. usw. Der Leiter des Trufes, zwar Kreuzer, ist einer der mächtigsten Industriellen und Finanzgrößen der Erde. Er hat den Beweis erbracht, welche gewaltige Macht im Zeitalter der kapitalistischen Wirtschaft auf einem so winzigen Ding wie dem Zündholz aufgebaut werden kann. Die deutsche Zündholzindustrie ist im Jahre 1925 vom Schwedentruf zu 70 Prozent erobert worden. Außerhalb der Kontrolle stehen nur noch wenige Fabriken und vor allem die Zündholzfabriken der Grobkreislaufgesellschaft Deutscher Konsumvereine. Letztere vermochte er natürlich nicht zu erobern. In einer dieser deutschen Gesellschaften, der Norddeutschen Zündholz-N.G. war der christliche Gewerkschaftsführer Aufsichtsratsmitglied. Des ferneren ist dieser „Arbeitervertreter“ Mitglied der Preussischen Hypothekend-Aktienbank, die ebenfalls zu 70 Prozent dem Schwedentruf angehört. Dieser Arbeitervertreter hat als deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, als Berichterstatter bei der Vorlage über das Zündholzkartell fungiert. Er wußte also Staatsinteressen mit Privatinteressen geschickt im Sinne des internationalen Großkapitalismus zu vereinen. Die deutschnationalen Schimpfen seit Jahren über das internationale Großkapital, welches das deutsche Volk zu unterjochen beabsichtigt. Und während sie schimpften, sahen dieselben Herren im Aufsichtsrat internationaler Trufgesellschaften.

## Zur Ordnung im Beitragsbuch! Es ist immer der Beitrag im Mitgliedsbuch oder Interimskarte wöchentlich fällig, wie die neueste Ausgabe des „Steinarbeiter“ numeriert ist.

**Briefkasten**

**Langendr.** Ein Versammlungsbericht, für den Abdruck bestimmt, muß schon etwas mehr enthalten, wie nur Tagesordnung und Namen der gewählten Vorstandsmitglieder.

**Zur Beachtung.** Mitteilungen und Sonstiges, was die Redaktion angeht, adressiere man auch an diese; beim Blattschluß kann sich eine andere Handhabung recht unliebsam auswirken.

**Druckfehler.** In Nr. 16 auf der Beilage mit den Verbandsanträgen soll in der Überschrift auf der 3. Seite, dritte Spalte, das Wort „Altersklasse“ natürlich Altersstufe heißen.

## Anzeigen

### An alle Steinarbeiter, Steinsetzer und Berufsgenossen der Zahlstelle Groß-Berlin.

Kollegen! Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse machen es jedem organisierten Arbeiter zur Ehrenpflicht, beizutragen, daß unsere **Demonstration am 1. Mai** eine machtvolle Kundgebung für die Ziele der Arbeiterbewegung wird. Wir fordern daher alle Kollegen unseres Zahlstellenbereiches auf, sich an dieser Demonstration zu beteiligen.  
Sammelstelle am **Sonntag, dem 1. Mai, vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus.** Von dort erfolgt nach Ausgabe der Maimarken der gemeinsame Abmarsch mit Musikkapelle nach dem Lustgarten.  
Laut Polizeiverordnung dürfen Spazierstöcke nicht mitgeführt werden. Die Kollegen wollen das beachten. **Die Ortsverwaltung, I. A.: Gust. Nitsche.**

Mehrere tüchtige  
**Felsenbohrer**  
für Schutz- und Flotmann-Bohrmaschinen sowie einige erprobte  
**Steinbrecher**  
stellen sofort ein  
Granitwerke Diehendorfer G. m. b. H.  
vorm. Karl Fischer, Chemnitz.

**2 Maschinenschleifer**  
auf schwedischen und Meißner Granit gesucht.  
**Georg Wolf, Granitwerk Meissen.**

3 tüchtige  
**Steinmetzen**  
die perfekt im Schritthauen sind,  
stellt sofort ein  
**Steinwerk Dahl K. G. Stettin**  
Tariflohn 1.20 Mk.

**2-3 Steinmetzen**  
auf Granit-, Sand- u. Kunststein sofort gesucht. Kost und Logis im Hause.  
**R. Scholz, Beizig.**  
**Granitschleifer**  
für Hand und Maschine stellen noch sofort ein **Hamelr Granitwerk, Hameln a. d. Weser.**

**Stärkste Arbeitsanzugstoffe**  
Muster u. Preisliste von Berufs- und Zivilkleidung für Steinsetzer sendet 4 Wochen zur Wahl frei Haus  
Spezialfabrik für Berufsbekleidung  
**Emil Hoffeldt, Dresden 6.**

**Pflasterhämmer**  
sowie sämtliche Werkzeuge für Straßenbau und Steinschlag.  
**Franz Meyer sen., Inh. Reinhold Meyer, Berlin N. 20, Hochstraße 19.**

**Pflasterhämmer**  
aus bestem Schweißstahl  
**Rahmen, Brechstangen**  
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb  
**Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82**

Altbrauchbare  
**REIHENSTEINE**  
KOPFSTEINE, KLEINSTEINE  
Preiswert. Sofort lieferbar.  
**Hellmut Herfurt, Neukölln, Ziethenstr. 80.**



Wenn dies auch schon ein großer Skandal ist, so ist es aber zum Dapornlaufen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ein Mann wie Behrens in der christlichen Gewerkschaftsbewegung nach wie vor als Führer geduldet wird. Man glaubt also, den christlichen Arbeitern allerhand bieten zu können. Hätten die christlichen Gewerkschafter einen Funken Ehrgefühl im Leibe, dann würden sie energig gegen solche Korruption ankämpfen. Oder sie würden in hellen Scharen aus diesen Organisationen austreten. Tun sie dieses nicht, dann zeigen sie, daß sie überhaupt kein Rückgrat mehr besitzen.

### Adressenänderungen.

- G a u (M.D.): Kollberg.** Vorj. u. Kass.: Emil Kauf, Hatenstraße 7. — **Trenenbrühen.** Vorj.: Kass.: Paul Wöitthe, Breitestr. 9. — **Landsberg a. d. W.** Kass.: Georg Moede, Friedrichstadt, Neubau, Mittelsh.
- G a r:** **Forst.** Kass.: Paul Hänel, Steinstr. 16. — **Diegnitz.** Vorj.: Ernst Schreiber, Rathhausstr. 8. — **Hannau i. Schl.** Vorj.: Fritz Wimmer, Bahnhofstr. 15; Kass.: Bruno Scholz, Bahnhofplatz 7.
- G a u:** **Goslar (Harz).** Vorj.: Karl Rohloff, Kornstr. 87; Kass.: Wilhelm Pleher, Neue Str. 17. — **Oldisleben b. Hildrungen.** Vorj.: Leopold Schumle, Hildrungen Str. 9; Kass.: Karl Heine, Hildrungen Straße.
- G a u:** **Langendreeer.** Vorj.: Karl Köhler, Werm b. Langendreeer, Rüfingstr. 16. — **Bersmold.** Kass.: Ostar Hornberg, Bochhoffstr. 7 b. Bersmold, Ars. Halle, Wessif. — **Waldbroühl (Rhd.).** Vorj.: Karl Peters in Helsen, Post Waldbroühl. — **Sinsper.** Post Ethenhagen, Ars. Waldbroühl. Vorj.: W. Ufer. Kass.: Ewald Gerlach. — **Ethenhagen.** Ar. Waldbroühl, Rhd. Vorj.: Fritz Heikaus; Kass.: Fritz Lenz.
- G a u:** **Ober-Ramstadt i. Hessen.** Vorj. u. Kass.: Joh. Rehr IV., Baustr. 60.
- G a u:** **Heinersdorf.** Kass.: Karl Barnikol-Dettler.

## Bekanntmachungen der Zahlstellen u. Gauleitungen

**Langendreeer.** Laut Versammlungsbesluß finden unsere örtlichen Versammlungen an jedem 1. Sonntag im Monat statt.  
**Ramenz.** Dem Kollegen Hans Renner, Schmied, wurde gelegentlich eines Einbruchs am 2. Mai 1905. Sollte das Buch Nr. 7926, eingetreten der Kasse oder sonstwie vorgelegt werden, vergesse man ja nicht, daß es gestohlen wurde und handle dann dementsprechend.  
**Bayreuth.** Dem Steinmeißler Elias Lang, geb. 14. 4. 05 in Weiskensfeld ist keine neue Interimskarte auszustellen. Er ist am 31. Januar 27 in der Zahlstelle Geffrees zum dritten mal „frisch“ aufgenommen und hat diese Karte in einer Wirtschaft in Bayreuth als Pfand abgegeben und in Unordnung liegen gelassen. Dort hat er auch vergessen, sein Kostgeld zu bezahlen. Auf solche Mitglieder kann der Steinarbeiterverband verzichten.  
Wolfgang Fischer, Vorj. u. Kass.

Unser ältester Kollege **Johann Huthoff** feierte am 25. April seinen 70. Geburtstag. Der Jubilar ist 56 Jahre ununterbrochen im Steinsetzerberuf tätig und ist langjähriges Verbandsmitglied. Wir wünschen dem Veteranen, daß es ihm vergönnt ist, noch einen langen und ruhigen Lebensabend zu genießen.  
**Steinarbeiter-Verband, Sektion der Steinsetzer, Straßen- und Tiefbaugesellschaft „Brama“.**

### Gestorben.

- Es bedauert, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.
- In **Magdeburg** am 4. April der Hilfsarbeiter **Karl Friede**, 65 Jahre alt, Herzschlag.
  - In **Bühlberg** am 4. April der Brecher und Bohrer **Joseph Fenzl**, 62 Jahre alt, Grippe (8 Wochen krank).
  - In **Kirchhain** am 11. April der Brecher **Jacob Brawin**, 58 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden.
  - In **Gommern** am 12. April der Steinschleifer **August Wob**, 60 Jahre alt, Lungenentzündung (18 Tage krank).
  - In **Hamburg** am 12. April der Kammer **Johann Vierd**, 62 Jahre alt, Herzerweiterung.
  - In **Danzig** am 13. April der Steinschleifer **Daniel Schröder**, 55 Jahre alt, Hautkrankheit.
  - In **Mittweida** am 14. April der Hilfsarbeiter **Otto Bergen**, 40 Jahre alt, Rückenmarkslähmung (5 Wochen krank).
  - In **Hohburg** am 15. April der Pflastersteinmacher **Ernst Hase**, 61 Jahre alt, Magenkrebs (12 Wochen krank).
  - In **Daxilla** am 17. April der Schmied **Max Philipp**, 39 Jahre alt, Magenkrebswür (1/2 Jahr krank).
  - In **Arnsdorf** am 17. April der Granitsteinmeißler **Hermann Müller**, 59 Jahre alt, Lungenleiden (acht Monate krank).
  - In **Osterode a. Harz** am 19. April der Brecher **Karl Bader**, 68 Jahre alt, Magenkrebs (1/4 Jahr krank).
  - In **Mittenberg** am 19. April der Steinschleifer **Karl Bollert**, 76 Jahre alt, Altersschwäche.
- Ehre ihrem Andenken!**

Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig  
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold Verlag:  
Ernst Winkler, beide in Leipzig

Spezialfragen zum neuen arbeitsgerichtlichen Verfahren.

Von Rechtsanwalt Dr. Walter F i j c h e r - E l b e r f e l d .

1. Vorläufige Vollstreckbarkeit arbeitsgerichtlicher Urteile.

Die Vorschriften über die vorläufige Vollstreckbarkeit von Urteilen sind nach den bisher geltenden Bestimmungen des Gewerbe- gerichtsgesetzes und der Zivilprozessordnung nicht leicht verständlich und sind auch zum Schaden der Arbeitnehmer nicht immer richtig angewendet worden.

Nach § 704 der Zivilprozessordnung findet die Zwangsvollstreckung statt aus Endurteilen, die rechtskräftig oder für vorläufig vollstreckbar erklärt worden sind. Rechtskräftig ist ein Urteil, wenn es mit einem Rechtsmittel nicht mehr angefochten werden kann, wenn es also weder der Berufung noch bei einem Versäumnisurteil dem Einspruch unterliegt.

Von dieser Regel gibt es eine Ausnahme. Macht der Beklagte glaubhaft, daß die Vollstreckung ihm einen nicht zu ersehenden Nachteil bringen würde, so hat das Arbeitsgericht auf seinen Antrag die vorläufige Vollstreckbarkeit im Urteil auszuschließen.

Man kann die neue gesetzliche Regelung kurz dahin zusammenfassen: Der weitaus größte Teil der arbeitsgerichtlichen Urteile ist sofort rechtskräftig und daher vollstreckbar. Die berufungsunfähigen Urteile sind zwar förmlich vorläufig vollstreckbar, doch kann der obliegende Arbeiter damit praktisch nichts anfangen, da die vorläufige Vollstreckbarkeit in der Regel wegen nicht zu ersehender Nachteile für den Arbeitgeber ausgeschlossen wird.

Unmögliche Gesetzesmacherei.

(Ein Beitrag zu der Arbeitszeitpolitik der Bürgerblockregierung.)

Das auf Grund des zweiten Regierungsentwurfs vom Reichstage am 8. April 1927 mit der knappen Mehrheit von 195 Stimmen des Bürgerblocks, also einschließlich des Zentrums, gegen 184 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Wirtschaftsparteier und Kommunisten angenommene Überberufungsgesetz über die Arbeitszeit enthält neben seiner sozialreaktionären Einstellung eine derartige Fülle von gesetzestechnischen Unmöglichkeiten, daß auch das größte juristische Genie heute noch nicht voraussehen kann, wie sich die Durchführung dieses Gesetzesmonstrums gestalten wird.

Von einigen derartigen Unmöglichkeiten soll nachstehend eine Kostprobe gegeben werden. Für Mehrarbeit nach den Paragraphen 3, 5, 6, 9 und 10 soll ein Ueberstundenzuschlag zu zahlen sein. Dagegen soll das bei Arbeitsbereitschaft nach § 2, bei Ergänzungsarbeiten nach § 4 und außerdem bei Mehrarbeit infolge Notfällen, Naturereignissen, Betriebsstörungen und bei sonstigen unvermeidlichen Störungen nicht gelten.

Als „angemessene“ Vergütung für die Mehrarbeit gelten 25 vom Hundert Zuschlag auf den Stundenlohn, wenn — — (!!) die Parteien nichts anderes (also weniger) vereinbaren oder besondere Umstände eine andere (also geringere) Regelung rechtfertigen.

Nach § 5 auf Arbeitnehmerseite nur die Gewerkschaften, und soweit ist die Regelung wenigstens rechtlich einwandfrei, denn durch die bindende Entscheidung des Schlichters entsteht eine tarifliche Vereinbarung mit unmittelbarer und unabdingbarer Wirkung.

Nach den §§ 3, 6, 9 oder 10 können aber auch die Betriebsvertrittenen die „Beteiligten“ sein. Auch diese müssen den Schlichter anrufen. Dessen Entscheidung hat die Wirkung einer Betriebsvereinbarung. Diese hat keine unmittelbare und unabdingbare Wirkung. Der Arbeitgeber und die Betriebsvertretung sind nur „moralisch“ gebunden. Der Arbeitgeber kann mit den Arbeitern auch schlechtere Bedingungen vereinbaren. Die Arbeiter,

die sich das nicht gefallen lassen wollen, müssen das Arbeitsgericht (Gewerbe- und Kaufmannsgericht) anrufen. Dieses wird sich in der „neuartigen“ Materie nicht austennen. Was soll man werden?

Nach den in dem vorigen Absatz genannten Paragraphen können aber auch die einzelnen Arbeiter „die Beteiligten“ sein, wenn keine Betriebsvertretung besteht, weil keine zuständige oder keine gewählt worden ist. Dann müssen nach dem Wortlaut des Gesetzes diese einzelnen Arbeiter den Schlichter anrufen, der diesem Massenaufgebot natürlich nicht gewachsen ist und die Arbeiter wieder an die Arbeitsgerichte verweisen wird, wo sie an den Schlichter verwiesen werden, da die Arbeitsgerichte einfach nicht wissen werden, wie sie sich zu diesen Dingen stellen sollen.

An seinen Unsinngigkeiten wird sich das Gesetz toilaufen, wenn nicht die Gewerkschaften selbst dafür sorgen, daß es zur Durchführung kommen kann, indem sie in allen vorgenannten Fällen immer den Schlichter anrufen, wo dann die bindende Entscheidung des Schlichters stets tarifvertragliche, also unmittelbare und unabdingbare Wirkung haben würde.

Dazu kommt dann noch, daß das Saisongewerbe, worunter man bekanntlich auch das Baugewerbe verstehen will, durch Bestimmung des Reichsarbeitsministers von dem Ueberstundenzuschlag für die Mehrarbeit während der „Saison“ ausgenommen werden kann, „soweit die Mehrarbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit in den übrigen Zeiten des Jahres ausgeglichen wird“.

Die Gewerkschaften haben dieses Monstrum eines Gesetzes gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit nicht verhindern können, weil zu viele Millionen Arbeiter gleichgültig abseits stehen und den Gewerkschaften nicht angehören. Dadurch hat die unter dem Einfluß des Unternehmertums stehende Reichsregierung freie Hand für ihre sozialreaktionären Bestrebungen.

Ein beachtliches Urteil.

In der Sache des Reichverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes E. V., Berlin N 57, Potsdamer Straße 91, Klägers, Prozeßvollmächtiger: Rechtsanwalt Dr. Barber, gegen 1. den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, Gauleitung Nordwest, Hamburg, Marktstr. 140, 2. August Gödemeyer, Gauleiter des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, Gauleitung Nordwest, Hamburg, Marktstr. 140, Beklagte, Prozeßvollmächtigte: Rechtsanwalt Dres. Eichholz, Rulhewepf, Hädermann, erkannt das Landgericht in Hamburg, Zivilkammer VII, für Recht: Die Klage wird abgewiesen. Auf die Widerklage wird festgestellt, daß dem Kläger gegen die Beklagten keine Forderung aus dem Streit im Sommer 1925 in Höhe von 9983,05 RM zusteht.

Der Kläger trägt die Kosten des Rechtsstreits. Das Urteil ist gegen Sicherleistung der Beklagten in Höhe von 11 000.— RM vorläufig vollstreckbar.

Tatbestand.

Zwischen dem Kläger und dem Beklagten zu 1 ist im Rahmen des Reichstarifvertrages für das Steinschlag-, Pflasterer- und Straßenbaugewerbe vom 24. Juni 1920 und für die Dauer seiner Gültigkeit der Bezirkstarifvertrag vom 18. April 1925 geschlossen worden. Die Löhne und Entschädigungen sollten nach dem Bezirkstarifvertrag durch besondere Lohnvereinbarungen auf bestimmte Zeit geregelt werden. Das letzte Lohnabkommen war im Herbst 1925 abgeschlossen. Es fanden dann Verhandlungen vor dem Schlichtungsamt am 17. Oktober 1925 einen Spruch fällte, der von den Arbeitgebern angenommen, von den Arbeitnehmern jedoch abgelehnt wurde.

Der Kläger behauptet, daß, trotzdem er Verhandlungsbereitschaft gezeigt habe, der Beklagte zu 2 unter Billigung und Unterstützung des Beklagten zu 1, am 17. Juli 1926 zunächst auf der Chaussee Baustrecke Altona-Riel einen Streik provoziert hätte, durch den ihm bzw. seinen durch den Streik betroffenen Mitgliedern ein Schaden von insgesamt 9983,04 RM entstanden sei. Für diesen Schaden hafteten ihm beide Beklagte auf Grund des § 13 des Reichstarifvertrages und des § 826 BGB.

Die Beklagten beantragen Abweisung, evtl. Befugung nach § 713 ZPO, (act. 2) und widerklagen, festzustellen, daß dem Kläger gegen die Beklagten keine Forderung aus dem Streit im Sommer 1925 in Höhe von 9983,04 RM zusteht (act. 10). Sie bestreiten die Aktivlegitimation des Klägers, weil er nicht geschädigt sei. In der Abtretung der Ansprüche der Mitglieder des Klägers an diesen sehen sie eine unzulässige Klageänderung. Sie bestreiten eine Ersatzpflicht des Beklagten zu 1, weil dieser für ein etwaiges Verschulden des Beklagten zu 2 nicht einzustehen habe. Im übrigen machen sie geltend, daß infolge des Ablaufs des Lohnabkommens ein vertragsloser Zustand bestanden habe. Sie bestreiten endlich, daß der Beklagte zu 2 den Streik hervorgerufen habe und behaupten, daß dieser in der Masse der Arbeiter entstanden sei.

Ergänzend wird auf die Schriftsätze verwiesen.

Entscheidungsgründe.

Die Klage ist auf unerlaubte Handlung und positive Vertragsverletzung gestützt. Erforderlich ist daher der Nachweis eines Verschuldens der Beklagten.

Die Beklagten waren der Ansicht, daß mit dem Ablauf des Lohnabkommens ein vertragsloser Zustand eingetreten war. Der Kläger ist anderer Ansicht. Im Falle eines vertragslosen Zustandes kommt selbstverständlich ein Vertragsbruch nicht in Frage, ebensowenig eine unerlaubte Handlung. Ein Verschulden der Beklagten liegt demnach voraus, daß sie wußten, oder infolge von Fahrlässigkeit nicht wußten, daß ein vertragsloser Zustand nicht bestand.

Die Parteien sind darüber einig, daß, falls nach Ablauf eines Lohnabkommens über den Abschluß eines neuen keine Einigung zustande kam, der im § 11 des Reichstarifvertrages vorgesehene Instanzenweg einzuschlagen war. Das ist hier geschehen. Das Schlichtungsamt hatte seinen Spruch gefällt. Dieser war aber von den Arbeitnehmern abgelehnt worden. Ob damit, oder schon mit dem Ablauf des Lohnabkommens ein vertragsloser Zustand eingetreten war, weil ein gültiges Lohnabkommen einen integrierenden Bestandteil des Bezirkstarifvertrages bildete, oder ob der Bezirkstarifvertrag im übrigen in Wirksamkeit blieb, ist eine Rechtsfrage, über die man verschiedener Ansicht sein kann.

Während der Kläger auf dem Standpunkt steht, daß der Beklagte zu 1 entweder mit Rücksicht darauf, daß er nach dem Spruch des Schiedsamtes neue Forderungen erhoben habe, und weil seit Abgabe des Spruchs eine geraume Zeit verlossen war, das Schiedsamt von neuem hätte anrufen müssen oder den Streit nunmehr dem Tarifamt zu unterbreiten hatte, meinen die Beklagten, daß eine abermalige Anrufung des Schiedsamtes ausgeschlossen gewesen sei, da neue Forderungen nicht gestellt worden seien und daß das Tarifamt nur zu entscheiden habe, wenn es sich um den Abschluß eines neuen Tarifvertrages, nicht aber, wie hier, um ein Lohnabkommen handle. Was den Streitpunkt betrifft, daß der Beklagte zu 1 neue Forderungen erhoben habe, so meinen die Beklagten, daß soweit neue Forderungen in Frage kämen, sie eine Abänderung des Bezirkstarifvertrages betroffen hätten, worüber nicht das Schlichtungsamt entscheiden könne, vielmehr nur im Wege gültiger Bestätigung oder durch Spruch eines freien Schiedsgerichts, eine Einigung erzielt werden können.

Einer Entscheidung der hiermit aufgeworfenen Rechtsfragen bedarf es nicht, weil auf Grund der vorgetragenen Tatsachen nicht festgestellt werden kann, daß die Beklagten ihre Ansicht nicht für die richtige halten durften. Eine schuldhaft an die Arbeiter gerichtete Aufforderung des Beklagten zu 2 zur Vertragsverletzung ist nicht festzustellen.

Daß der Abbruch der von den Parteien geführten freien Verhandlungen durch die Beklagten keine Vertragsverletzung darstellen kann, bedarf keiner Ausführung.

Die Klage war somit abzuweisen. Der Widerklage, zu deren Erhebung der Beklagte zu 1 auch als nicht rechtsfähiger Verein befugt ist, war stattzugeben.

Vom Straßenbau in der Rheinprovinz.

Unter allen deutschen Ländern hat die Rheinprovinz den stärksten Kraftwagenverkehr aufzuweisen. Infolgedessen gewinnt dort das Problem der Anpassung der Provinzialstraßen an den Kraftwagenverkehr erhöhte Bedeutung als in anderen Landesteilen. Im Verfolg des aufgestellten Straßenbauprogramms sind in dem Jahre 1926 umfangreiche Straßenerneuerungen in der Rheinprovinz erfolgt. Mit außerordentlichen Mitteln in der Höhe von 20 Millionen Mark sind im Vorjahre 217 Kilometer Kleinpflasterstraßen, 29 Kilometer Grobpflasterstraßen, 69 Kilometer Asphaltstraßen und 41 Kilometer Leerschotterstraßen ausgebaut worden. Dieser Gesamtausbau von 358 Kilometer Provinzialstraßen entspricht ungefähr dem 20. Teile der Gesamtlänge des rheinischen Provinzialstraßennetzes. Als Leistung eines Baujahres ist diese für den Kraftwagenverkehr von nicht geringer Bedeutung. Aber weiterhin sind noch eine ganze Anzahl Schotterstraßen durch Oberflächenbehandlung verbessert worden. Erfreulicherweise nimmt in dem Straßenbauprogramm der rheinischen Provinzialverwaltung das Natursteinpflaster den ersten Platz ein. Verschiedene Straßenbauverwaltungen, die in der Behandlung der Straßenfrage noch nicht aus dem Stadium des Probierens herausgekommen sind, können sich an der hauptsächlichsten Verwendung des Kleinpflasters in der Rheinprovinz ein Beispiel nehmen. Dort verwendet man das gute heimische Steinmaterial an erster Stelle. Neben dem Ausbau des bestehenden Provinzialstraßennetzes unterstützt die Provinzialverwaltung in weitgehendem Maße ebenfalls den Ausbau von Kreisstraßen, die nach erfolgter Erneuerung in die Verwaltung der Rheinprovinz übernommen werden. Für diese Beihilfen standen der Provinzialverwaltung im Jahre 1926 4 Millionen Mark zur Verfügung. Alles in allem ein liebestwüßiges Arbeiten, um die Straßen in baulicher Hinsicht den Erfordernissen des Kraftwagenverkehrs dienlich zu machen.

Als weiteres großes Straßenprojekt ist von der rheinischen Provinzialverwaltung der Bau der Automobilstraße Köln-Düsseldorf ins Auge gefaßt. Wann die Inangriffnahme dieses Baues erfolgt, läßt sich heute noch nicht sagen. Nichtsdestoweniger wird jedenfalls auf dieser genannten Strecke die erste deutsche Automobilstraße entstehen. Es wird ja bekanntlich jetzt sehr viel in Automobilstraßen „gemacht“. Aber hinter den meisten Projekten steht fast durchgehends nur das „Interesse“ bestimmter Kreise. Im Rheinland aber hat der Kraftwagenverkehr auf einzelnen Straßen schon eine solche Intensität erreicht, daß zur Entlastung derselben als einziges Mittel der Bau von Automobilstraßen übrig bleibt. Auf der Straße Düsseldorf-Köln ist dies der Fall. Auf der verkehrsschwächsten Stelle dieser Straße wurde im Herbst vorigen Jahres noch ein täglicher Verkehr von rund 2500 Kraftwagen gezählt. Die Handelskammern Köln und Düsseldorf haben sich für den Ausbau dieser neuen Automobilstraße gutachtlich eingesetzt, während die Handelskammer Essen, die für diesen Neubau aufzuwendenden Mittel der Anpassung der Provinzialstraßen an den Kraftwagenverkehr zuwenden will. Die Länge dieser projektierten Straße ist 31 Kilometer. Die Kosten sind insgesamt auf 17 Millionen Mark berechnet. Zu bemerken ist, daß diese Straße nur allein dem Kraftwagenverkehr dienen wird. Fuhrwerke mit tierischem Zug sind von deren Benutzung ausgeschlossen. Kreuzungen mit anderen Straßen erfolgen nicht. Notwendige Straßenkreuzungen werden entweder durch Unterführungen unter oder Ueberbrückungen über die Autostraße geregelt. Die eigentliche Fahrbahn ist mit einer Breite von 12 Meter vorgesehen, so daß 4 Kraftwagen nebeneinander gleichzeitig die Straße benutzen können. Auf jeder Seite schließen sich 2 Meter breite Bankeite an. Die Benutzungsgelühren für diese Straße sind auf 10 Pfg. pro Kilometer für einen Lastkraftwagen und 5 Pfg. für einen Personwagen festgesetzt. Ein Lastkraftwagen würde also als Benutzungsgelühr für die 31 Kilometer lange Streck von Köln bis Düsseldorf den Betrag von 3.10 Mk. und ein Personwagen die Hälfte zu entrichten haben. Man hofft, durch diese Gebühren die Verwaltungs- und Amortisationskosten und die Kosten des Bau- und Aufrechterhaltungskosten zu decken. Auf der gesamten Strecke werden 7 „Autostraßenbahnhöfe“ eingebaut mit Tanfgelegenheit, Wirtschaftsgeländen und Kassenstelle für die Erlegung der Benutzungsgelühren. Im Zuge dieser Automobilstraße soll weiter eine feste Rheinbrücke bei Köln-Mülheim errichtet werden, die den Kraftwagenverkehr in die Straßen des linksrheinischen Köln verteilen wird. Alles in allem kann ausgesprochen werden, daß die rheinische Provinzialverwaltung den modernen Straßenbauforderungen ihr volles Interesse zuwendet.

Ueberschüsse in der Invalidenversicherung?

„Vermutlich wird das Jahr 1926 noch mit einem Ueber- schuß an Einnahmen in Höhe von schätzungsweise 50 Mil- lionen M. abschließen.“

An reichsgesellschaftlichen Leistungen der Invalidenversicherung sind nach dem Geschäftsbericht des RMV für sämtliche Ver- sicherungsträger durch die deutsche Reichspost rund 673,6 Millionen RM. verauslagt worden.

Ueber die Einnahme aus Beiträgen heißt es in dem Ge- schäftsbericht: Die Besserung der Wirtschaftslage, die sich insbe- sondere im letzten Kalendervierteljahr 1926 bemerkbar machte,

Ueber das Vermögen der Versicherungsträger am Schlusse des Jahres 1926 kann der Geschäftsbericht noch keine genaueren Angaben machen, doch spricht er eben die Erwartung aus, daß das Jahr 1926 mit einem Ueberüberschuß von 50 Millionen RM. abschließen wird.

Rentenleistungen

gibt der Geschäftsbericht folgendes Zahlenmaterial: Es wurden im Jahre 1926 insgesamt 401 453 Renten bewilligt und zwar 260 250 Invalidenrenten, 60 708 Witwen-(Witwer-)Renten und 80 495 Waisenrenten von 39 784 Waisenkinder.

Ein schließlich der Renten, die noch unter dem Namen ehemaliger deutscher Versicherungsträger gezahlt werden, liefen am 31. Dezem- ber 1926 insgesamt 1 660 653 Invalidenrenten, 25 440 Kranken- renten, 75 320 Altersrenten, 277 619 Witwen-(Witwer-)Renten, 2915 Witwenkrankenrenten und 912 329 Waisenrenten von 549 115 Waisenkinder, im ganzen also 2 954 276 Renten.

Ein sehr umfangreiches, aber erst das Jahr 1925 betreffendes Zahlenbild gibt der Geschäftsbericht über

Heilverfahren.

Es wurden insgesamt 210 478 Versicherte, und zwar 125 901 Männer und 84 577 Frauen, mit einem Kostenaufwande von 41 579 092 RM. in Heilbehandlung genommen.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Am 29. März 1927 fand die Generalversammlung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., statt.

Die Bank hat, wie in den Jahren vorher, durch Kreditgewäh- rung an die den Gewerkschaften nahestehenden Organisationen und Wirtschaftsbetriebe sowie durch Pflege des kommunalen Kredit- geschäfts ihren Wirkungsbereich wesentlich ausgedehnt.

Wenn die Arbeiterbank weiterhin die Unterstützung und För- derung nicht nur der Zentralverbände, sondern auch aller Gewer-

Table with 3 columns: Aktiva, Bilanz per 31. Dezember 1925, Passiva. Rows include Kasse und fremde Geldsorten, Wechsel, Einrichtung, etc.

Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1925

Table with 3 columns: Aktiva, Bilanz per 31. Dezember 1925, Passiva. Rows include Handlungskosten, Reingewinn, etc.

107 713 Versicherte behandelt worden, darunter 103 776 Personen wegen Zahnkrankheiten (Zahnerzatz).

Der größte Teil der erkrankten Versicherten — 36 445 Tuberkulöse und 45 269 andere Kranke — sind in den eigenen Heil- stätten der Versicherungsträger behandelt worden.

Bezüglich der Erfolge bei den in eigenen Heilstätten Behan- delten nennt der Geschäftsbericht sehr optimistisch anmutende Zah- len. Beispielsweise soll bei „sicher nachgewiesener Lungen- oder Kehlkopftuberkulose“ in 91 von 100 Fällen ein Heilerfolg erzielt sein.

Auch für allg. gemeine Maßnahmen zur Verhütung vor- zeitiger Invalidität unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölke- rung haben die Versicherungsträger rund 7 Millionen RM. auf- gewandt, so rund 2,3 Millionen RM. zur Bekämpfung des Alkohols- misbrauchs, der Geschlechtskrankheiten, des Lupus, der Krebskrank- heit und für sonstige Zwecke.

Für die Kinderfürsorge

wurden im Berichtsjahre insgesamt rund 4 Millionen RM. aus- gegeben. Bei größeren Kindern erfolgte die Fürsorge teils un- mittelbar durch Unterbringung der Kinder in Heilstätten usw., teils mittelbar durch Zuschüsse an Gemeinden und andere Körperschaften für Kindergärten, Schuljahrplanung, Landaufenthalt von Stadtkin- dern usw.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten haben nach dem Geschäftsbericht die von den Trägern der Invaliden- versicherung eingerichteten oder unterstützten Ber- atungs- stelle für Geschlechtskranke hervorragenden Anteil.

Einen erfreulichen Aufschwung hat die vor anderthalb Jahren eingerichtete Sparkassenabteilung genommen. Dieser Geschäftszweig erfüllt die ganz besondere Pflege der Verwaltung der Bank.

Einem erfreulichen Aufschwung hat die vor anderthalb Jahren eingerichtete Sparkassenabteilung genommen. Dieser Geschäftszweig erfüllt die ganz besondere Pflege der Verwaltung der Bank.

Table with 3 columns: Aktiva, Bilanz per 31. Dezember 1925, Passiva. Rows include Aktienkapital, Reserven, Gläubiger, etc.

Table with 3 columns: Aktiva, Bilanz per 31. Dezember 1925, Passiva. Rows include Gewinn-Vortrag von 1924, Generalertrag, etc.

Borlehende Bilanz per 31. Dezember 1925 nebst Gewinn- und Verlustrechnung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin S 14, habe ich nachgeprüft und in Uebereinstimmung mit den Unterlagen und Büchern der Gesellschaft gefunden.

Franz Stachert, öffentlich angelegter beeidigter Bücherrevisor im Bezirk der Industrie- und Handelskammer in Berlin.

(Stempel.)

„Die Bildhaueri“, Ausgewählte Arbeiten in Holz, Stein und anderem. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Im Aprilheft der „Arbeiterbildung“, der künftigen Beilage der „Bücherei“, umreißt Heinrich Schulz in einem Artikel „Forderungen des Tages“ die wichtigsten Aufgaben, die sich für den Sozialistischen Kulturbund aus der gegenwärtigen politischen Gesamtlage, die kulturell äußerst unerschrocken ist, ergeben.

Im Aprilheft der „Bücherei“ fehlt nur allem eine Abhandlung von Simon Rasmussen über „Verfallungsweisen und Politik“ in der die wichtigste deutsche Literatur über Staats- und Verfallungsweisen behandelt wird.

Der Bericht über das Jahr 1926 vom Arbeiterat Groß-Hamburg. Zur Information über den Arbeiterat Groß-Hamburg ist erwähnt, daß er in der Hamburgischen Verfassung seit 1920 verankert ist.

„Zur Ausführung der reichsrechtlichen Vorschriften werden ein Arbeiterat und ein Wirtschaftsrat ernannt.“

Arbeiterat und Wirtschaftsrat sind berufen, bei der Erfüllung der wirt- schaftlichen Aufgaben und bei der Ausführung der Sozialversicherungsgeetze mitzuwirken.

Die Gesetzgebung bestimmt, welche sonstigen öffentlich-rechtlichen Vertretungs- körperchaften beruflicher oder wirtschaftlicher Natur zu bilden und mit welchen Befugnissen sie ausgestattet sind.

Der § 4 des Gesetzes, betreffend die Einführung der Verfassung, enthält dar- über noch die folgende Bestimmung:

„Was die im Abschnitt VII der Verfassung vorgesehene Regelung eintritt, stehen der bestehende Wirtschaftsrat Hamburg und die hamburgischen Mitglieder des Arbeiterrates Groß-Hamburg ihre bisherige Tätigkeit fort.“

Der vorliegende Tätigkeitsbericht gibt Aufschluß über das derzeitige Tätigkeits- gebiet. Aus ihm ist aber auch zu entnehmen, daß sich der Arbeiterat Groß-Ham- burg bei dem Bemühen, unsere Wirtschaft zu demokratisieren, auf vorgeschobnem Posten befindet.

Stellenblätter: Im Schmelze seines Angebots. Eine Einführung in die gesell- schaftliche Organisation der Arbeit.

In den einleitenden Kapiteln wird die Entwicklung des gesellschaftlichen Zusam- menwirkens bei den Tiergruppen zum Vergleich und zur Erklärung herangezogen.

Der zweite Teil des Buches bringt an Hand typischer Beispiele eine Darstellung der grundlegenden Umwälzung aller sozialen Arbeitsordnungen durch die Unterjochung der menschlichen Arbeitskraft.

Soziale Bauwirtschaft. Monatlich zwei Hefte. Bezugsgebühr für Gemein- schaftler monatlich 0,50 RM.

„Die Gemeinde“. Halbmotatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land.

1910/20 im Wetter- und Wetterwinkel. Aufzeichnungen und Erinnerungen des Staatsministers a. D. Karl Seyerling.

Wer von der jetzt erwachsenen Generation die Jahre 1919 und 1920 mit erlebt hat und diesen Jahren und Dingen beim Arbeitsvoll im Vor- und Rückblick einen Reiz empfinden möchte, der möge sich nach dem Buch von Karl Seyerling umsehen.

Der von der jetzt erwachsenen Generation die Jahre 1919 und 1920 mit erlebt hat und diesen Jahren und Dingen beim Arbeitsvoll im Vor- und Rückblick einen Reiz empfinden möchte, der möge sich nach dem Buch von Karl Seyerling umsehen.

1910/20 im Wetter- und Wetterwinkel. Aufzeichnungen und Erinnerungen des Staatsministers a. D. Karl Seyerling.

Wer von der jetzt erwachsenen Generation die Jahre 1919 und 1920 mit erlebt hat und diesen Jahren und Dingen beim Arbeitsvoll im Vor- und Rückblick einen Reiz empfinden möchte, der möge sich nach dem Buch von Karl Seyerling umsehen.